



Gesellschaft zur Rechtlichen und
Humanitären Unterstützung e.V.
Der Vorstand

Sonder - Information

*Kolloquium des Vorstandes der GRH am 8. Februar 2020
anlässlich des 70. Jahrestages der Bildung des
Ministeriums für Staatssicherheit der DDR*

Für Mitglieder und Sympathisanten

Berlin, März 2020

Wir danken ISOR für ihre solidarische Unterstützung bei der Auswertung und Publizierung des Kolloquiums.

Impressum

Herausgeber:

Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH)
e.V.,

Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).

Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer; Geschäftsführer: Dieter Stiebert

Geschäftsstelle des Vorstandes: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel./ Fax : 030/2978 4225

Internet: www.grh-ev.org

E-Mail: verein@grh-ev.org

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag & Donnerstag, jeweils 9.00 bis 14.00 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bildnachweis: Rudolf Denner

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

**Konto der Berliner Volksbank, IBAN DE53 1009 0000 5788 9000 09,
BIC BEVODEBB**

Begrüßung der mehr als 100 Teilnehmer durch den Geschäftsführer der GRH, Dieter Stiebert

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, im Auftrage des Vorstandes der GRH eröffne ich unsere heutige Veranstaltung, die wir aus Anlass der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR am 8. Februar 1950, also vor genau 70 Jahren, als Kolloquium durchführen. Dass dieser scheinbar formale Akt der Annahme eines Gesetzes durch die Provisorische Volkskammer der DDR von einer solchen aktuellen Bedeutung ist, daran war damals kaum zu denken. Übrigens wurde in dieser Sitzung der Provisorischen Volkskammer auch das „Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung“ beschlossen, das für uns damalige Kinder und Jugendliche von großer Bedeutung war.

Der 8. Februar wurde 39 Jahre als Tag der Bildung des MfS feierlich mit Grußschreiben, Ansprachen, Auszeichnungen und Beförderungen begangen. Es wurden Ehrenbanner und Wimpel „Dr. Richard Sorge“ überreicht. Gemeinsam mit den Waffen- und Kampfgefährten wurde auf die Erfüllung des „Kampfauftrages“ angestoßen und die Waffenbrüderschaft bekräftigt. Mitunter nannte man den Tag auch als „Tag der langen Gesichter“.

Ich freue mich, das die Idee, zum 70. Jahrestag der Bildung des MfS ein Kolloquium wie vor fünf Jahren durchzuführen, einen regen Zuspruch gefunden hat. Im Namen des GRH-Vorstandes begrüße ich alle Anwesenden ganz herzlich. Die Mitglieder der GRH aus nah und fern, insbesondere aus den Berliner TAG und des Umlandes und ihre Vorsitzenden. Ich grüße herzlich den langjährigen Vorsitzenden der GRH, Siegfried Mechler. Auch wenn der Tod viele Lücken in unsere Reihen gerissen hat und alters- und gesundheitsbedingte Einschränkungen die Teilnahme an derartigen und anderen Veranstaltungen erschweren, weilen unter uns wie vor fünf Jahren zahlreiche ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums, der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen sowie des Wachregiments „Felix Dzierzynski“. Unter uns befinden sich Kundschafterinnen und Kundschafter für den Frieden, vormals als Kämpfer an der unsichtbaren Front bezeichnet. Ich heiße Euch, liebe Haupt- und Inoffizielle Mitarbeiter des MfS, egal welcher Dienstgrade und Einsatzgebiete, herzlich willkommen. Ich freue mich aber ganz besonders über die Anwesenheit von Werner Großmann und Wolfgang Schwanitz. Ich grüße herzlich Heinz Engelhard, Werner Irmeler, Karli Coburger, Siegfried Rataizick, Wolfgang Schmidt, Klaus Eichner, Karl-Heinz Ecke, Johannes Schindler, Helga Höfner, Doris und George Pumphrey, Dieter Feuerstein und und und.

Zugleich, liebe Anwesende, ist es mir ein Bedürfnis, von dieser Stelle aus Grüße an alle ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Berlin, in den Bezirken, Kreis- und Objektdienststellen, der Juristischen Hochschule und Fachschule des MfS, des Wachregiments, den Kundschaftern, Inoffiziellen Mitarbeitern und Offizieren im Besonderen Einsatz zu übermitteln.

Egon Krenz wäre gern unserer Einladung gefolgt, er kann leider wegen anderer Verpflichtungen nicht kommen, wünscht aber der Veranstaltung gutes Gelingen. Grüße haben auch Wolfgang Herger und Fritz Renckwitz übermittelt.

Ich begrüße ebenso herzlich die anwesenden Vertreter der Klassen- und Waffenbrüder der Grenztruppen, des MdI, der Deutschen Volkspolizei und der Zollverwaltungen sowie der Staatsanwaltschaften und Gerichte, die bekanntlich bereits vor der Bildung des MfS in der SBZ bzw. DDR für Sicherheit und Gewährleistung der Ordnung ihren verantwortungsvollen und gefährlichen Dienst verrichteten. Ich grüße auch die anwesenden ehemaligen NVA-Angehörigen.

Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen!

Unsere Stärke war und ist die Solidarität, ist der Zusammenhalt untereinander, ist der gemeinsame Kampf mit linken Parteien, Vereinigungen und Organisationen. Das kommt auch darin zum Ausdruck, dass eine Vielzahl ihrer Vorsitzenden bzw. Mitglieder heute anwesend sind. Ich begrüße ganz ganz herzlich unsere engsten Mitstreiter aus Bochum, die Vertreter des DDR-Kabinetts Bochum Angela und Andreas. Mit der ISOR bestehen sehr enge Arbeitsbeziehungen, und deshalb freut es uns, dass sie gemeinsam mit dem Vorsitzenden Gen. Horst Parton und Horst Bischoff eine starke Fraktion im Raum bildet. Ich begrüße den Präsidenten des OKV, Gen. Matthias Werner, sowie weitere Vertreter des Präsidiums und der GBM, den Vorstand des BüSGM mit unserem Freund Gerd Julius sowie die anwesenden Sportsenioren. Ich heiße die Mitglieder des Rotfuchs-Fördervereins, insbesondere Gen. Wolfgang Dockhorn und seine Singegruppe - eingeschlossen den Vorsitzenden der Berliner Freidenker, Gen Klaus Linder - herzlich willkommen. Einst war das Solidaritätskomitee ein zuverlässiger Verbündeter der GRH. Deshalb gilt mein solidarischer Gruß der Genossin Helga Labs. Ich begrüße die Vertreter der Vorstände der Landesverbände Berlin und Brandenburg der DKP und die Vertreter der Landesorganisation Berlin der KPD.

Liebe Genossen und Freunde,

lasst mich nach der Begrüßung, ich hoffe niemand vergessen zu haben, noch etwas zum Ablauf der heutigen Veranstaltung sagen. Zum Auftakt und zur Einstimmung wird uns die Singegruppe des RotFuchs mit einigen Liedern erfreuen. Sie möchten zu Beginn gemeinsam mit uns die Nationalhymne der DDR singen. Der Vorsitzende der GRH, Hans Bauer, wird das Kolloquium mit einigen grundsätzlichen Ausführungen eröffnen. Danach werden ca. 15- minütige Beiträge zu Vergangenen, Gegenwärtigen und Zukünftigem gehalten. Diskussionen oder Anfragen dazu sind nicht vorgesehen. Zu gegebener Zeit werden wir eine kurze Pause einlegen, in der ausliegendes Material mitgenommen und Bücher erworben werden können. Natürlich können auch Beitrittserklärungen zur GRH abgegeben werden. Beachtet bitte das Rauchverbot. Schluss der Veranstaltung soll 17:00 Uhr sein. Bevor wir auseinander gehen, singen wir gemeinsam die Internationale. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche der Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf

Referat Hans Bauer



Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freunde!

In diesen Wochen ist Ostdeutschland Aufmarschgebiet für die NATO, einschließlich der Bundeswehr. Auf ehemaligem DDR-Territorium: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen... . "Defender Europe 2020", heißt das größte Manöver seit 1990. 37 000 Soldaten, Panzer und anderes Kriegsgerät aus 18 Staaten bewegen sich zu Lande, zu Wasser und in der Luft auf die russische Grenze zu. Unglaublich. Provokation und Eskalation der Kriegsgefahr.

Was, liebe GenossInnen, hat dies mit dem Anlass unserer heutigen Zusammenkunft zu tun? Ich denke sehr viel. Über vier Jahrzehnte war ein solches Szenarium zwar denkbar, aber unmöglich, als es die sozialistischen Staaten gab, als die Grenzen zur DDR gesichert waren, als Sicherheits-, Schutz- und Justizorgane die politische Macht der Arbeiter und Bauern im Osten Deutschlands gewährleisteten. Wir alle wissen, manche von uns noch aus eigener Erfahrung, wie die politischen Kräfte um Adenauer nach der "Befreiung der Ostgebiete" riefen, wissen, wie Churchill äußerte, das "falsche Schwein" geschlachtet zu haben und er deshalb mit an der Spitze des Antisowjetismus und Antikommunismus stand.

Dass der Traum von der "Befreiung des Ostens" bis 1990 nicht wahr werden konnte, die Grenzen der DDR auch die Grenzen des imperialistischen Deutschlands waren und über Jahrzehnte Frieden herrschte, dass die NATO nicht nach Osten marschieren konnte, ist auch ein wesentliches Verdienst des Ministeriums für Staatssicherheit, dessen 70. Jahrestag seiner Gründung wir heute begehen.

Allein das würde genügen, um Euch, den ehemaligen Angehörigen des MfS, herzlich für Euern Einsatz im Dienste des Friedens, eines demokratischen, eines sozialistischen Deutschlands zu danken.

Also danke, liebe Genossinnen und Genossen des MfS!

Die Verpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen, einen Friedensstaat und eine Friedenswirtschaft aufzubauen und das Vermächtnis der Antifaschisten "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg", machten starke Sicherheits- und Schutzorgane unabdingbar. Hatten doch die ersten Jahre des antifaschistisch-demokratischen Umbruchs nach 1945 gezeigt, dass der Gegner alle Mittel des Kampfes nutzte, um

diese Entwicklung zu verhindern. Mord, Terror, Sabotage, Diversion, Unterwanderung, Abwerbung. Viele von Euch haben ihre Erkenntnisse und Erfahrungen über diese Kämpfe in Publikationen niedergeschrieben, über terroristische Verbrechen eines Burianek und anderer, über organisierte Angriffe des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen, über die berüchtigte Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, das Ostbüros der SPD, über die Rolle des RIAS sowie über die Weiterbeschäftigung und Eingliederung von Faschisten in Westdeutschland/BRD. Noch 1951 rief der Nationale Sicherheitsrat der USA dazu auf, "Widerstandszellen in den sowjetisch kontrollierten Gebieten", also auch in der DDR, aufzubauen.

Liebe Anwesende!

Die einstimmige Annahme des Gesetzes über die "Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit" am 8. Februar 1950 durch die Provisorische Volkskammer der noch jungen DDR war deshalb folgerichtig eine der gebotenen Gegenmaßnahmen. Nur durch starke Schutz- und Sicherheitsorgane konnten die eingeleiteten grundlegenden Veränderungen, wie die Überführung großer Unternehmen in Volkseigentum, die Bodenreform, Bildungsreform, Justizreform und weitere demokratische Maßnahmen durchgeführt und dauerhaft gesichert werden.

Frieden, Demokratie und soziale Geborgenheit entsprachen dem Willen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung. Deshalb fanden die Entscheidungen der DDR zur Stärkung der Sicherheitspolitik auch breite Zustimmung.

Liebe Genossen,

40 Jahre DDR bewiesen, wie wichtig und richtig die Existenz eines Ministeriums für Staatssicherheit war. Besonders in Zeiten größter Gefahr und Anspannung wurde das deutlich, so 1953, 1956, 1961 und 1968, als die Feinde des Sozialismus national und international versuchten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, oder als gar die Gefahr eines Krieges drohte.

Die Formen der "Kriegsführung" gegen die DDR wandelten sich. Waren es in den ersten Jahren Banditen und Terroristen, die den friedlichen Aufbau störten, so wurden die Methoden später filigraner und diffiziler. Das änderte aber nichts an deren Charakter.

Entsprechend den Erfordernissen des Kalten Krieges wurden Arbeitsweise und Professionalität des Ministeriums stets vervollkommen. Aufgabenstellung und -umfang wurden den Bedingungen angepasst, Irrtümer korrigiert, Defizite ausgewertet und beseitigt. Vor allem aber wurden die Mitarbeiter kontinuierlich qualifiziert, wofür besonders die Hochschule des MfS, aber auch andere Bildungseinrichtungen zur Verfügung standen.

War anfangs der Schutz der Volkswirtschaft Hauptgegenstand des Wirkens, erweiterten sich die Aufgabenbereiche in den folgenden Jahren. Ob Aufklärung oder Abwehr, Rückwärtige Dienste, Passkontrolle, Untersuchungen von Straftaten, Auswertungen und Beobachtungen, der Schutz von staatlichen Einrichtungen oder die Terrorbekämpfung, spezielle volkswirtschaftliche oder Außenhandelsaufgaben, kurzum ob politische, technische, operative, Ermittlungs-, analytische, Lehr- oder

Wachtätigkeit - jede dieser Arbeitsrichtungen hatte ihre Berechtigung und wurde mit hoher Sachkunde ausgeführt. In Euern Publikationen und in der Öffentlichkeit habt Ihr, liebe Genossen, seit Jahren anschaulich darüber berichtet. Ich denke dabei an den Mut unserer Kundschafter und Führungsoffiziere, an die Untersuchungsführer, die akribisch strafrechtliche Prüfungen vornahmen, an die Genossen, die mit Kreativität die Embargolisten unterliefen (heute sind es Sanktionen gegen "missliebige" Staaten), ich denke an die Angehörigen des Missionsschutzes, des Wachregiments sowie an jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Haftanstalten arbeiteten und heute besonders beschimpft und beleidigt werden. Es macht für uns keinen Sinn, die Arbeitsgebiete nach ihrer Bedeutung zu bewerten, gar bestimmte Bereiche nachträglich als "Belastung" zu betrachten. Das Ministerium war eine legitime staatliche Institution der DDR, die Aufgabenstellung komplex. Inhalt, Struktur und Organisation lagen allein in der Entscheidung unseres Staates (selbstverständlich in Abstimmung vor allem mit den sowjetischen Partnern). Jede andere Betrachtung schadet uns, spaltet uns und liegt im Interesse unserer Gegner. Wir entziehen uns nicht eigener kritischer Überlegungen, aber dazu brauchen wir nicht die Feinde der DDR, auch keine "Bürgerrechtler". Egal wie die DDR auch gehandelt hätte, alles wäre in ihren Augen Unrecht gewesen, es sei denn, wir hätten die DDR, also Macht und Eigentum aufgegeben.

Mir scheint in diesem Zusammenhang auch wichtig zu sein, immer wieder auf die einheitliche Aufgabenstellung unserer Sicherheits- Schutz- und Justizorgane hinzuweisen. Nur durch das enge Zusammenwirken von MfS, Volkspolizei, NVA mit Grenztruppen und Zoll konnten wir über Jahrzehnte unseren Schutz- und Sicherheitsinteressen gerecht werden. Auch hier müssen wir noch überzeugender Spaltungsbemühungen entgegen wirken. ISOR und die GRH haben bewiesen, dass Übereinstimmung und einheitliches Handeln nach der Konterrevolution möglich waren und weiterhin sind.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Verfolgung, Kriminalisierung, Diskriminierung und Diffamierung haben uns in den vergangenen 30 Jahren natürlich schmerzlich getroffen. Die "Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur" und ihr Unterbau und deren verordnete Geschichtsfälschung stehen für ein Unrechtssystem BRD. Der Freiburger Jurist Michael Kleine-Cosack sprach am 27. Juni 2011 bei einer Anhörung im Bundestagsausschuss für Kultur und Medien von einem "Überprüfungs- und Überwachungsstaat«. Dabei ist vor allem die BStU zu einem Einschüchterungs- und Missbrauchsinstrument zur Niederhaltung und Einschüchterung eines ganzen Volkes geworden. Aber diese andauernde Politik hat uns auch widerstandsfähig gemacht und gestärkt. Von der Verteidigung sind wir immer mehr zum Angriff übergegangen. Offensiv haben wir uns in den Medien und in der Öffentlichkeit zu Wort gemeldet, unsere Positionen vertreten und Rechte eingefordert. Ohne Illusionen, aber mit dem Anspruch aufzuklären und Unrecht zurückzuweisen. Und zum Nachdenken anzuregen. Dabei ließen wir keine Möglichkeit ungenutzt. Ich erinnere an die hervorragende Publikation von 2018 "Wahrheit und Versöhnung?"

Gerade mit und in der Begegnung mit BStU-Chef Roland Jahn haben wir Bereitschaft und Fähigkeit bewiesen, auf gleicher Augenhöhe auch mit unserem Gegner sachlich und sachkundig zu sprechen. Dass sich damit nichts grundlegend ändert, war vorauszusehen. Trotzdem meine ich, wir haben Maßstäbe gesetzt. Wir haben anhaltenden Widerstand deutlich gemacht.

Und dies öffentlich. Die Reaktionen haben gezeigt, nicht nur in eigenen Reihen, dass wir wahrgenommen wurden. Auch durch bewusstes Verschweigen durch die andere Seite.

Die Ablösung von Knabe und Frauendorfer in Hohenschönhausen, der Rücktritt von Geipel als Vorsitzende des DOHV, die Überführung der BStU-Unterlagen in das Bundesarchiv werden zwar zu gewissen Änderungen in den Verfahrensweisen führen, grundlegender Politikwechsel in diesem Bereich war und ist nicht zu erwarten. Auch nicht in den berüchtigten "Erinnerungs- und Gedenkort", wie wir jetzt erst wieder bei Besuchen in Berlin-Hohenschönhausen feststellen konnten. Einerseits gibt es Erklärungen von Politikern auf Landes- und Bundesebene, die angesichts von Protesten und Wahlergebnissen Unrecht gegenüber der ostdeutschen Bevölkerung einräumen, sogar von Kolonisierung sprechen, tatsächlich verschlimmern sie Hass und Hetze. So heizte Bundespräsident Steinmeier mit seinem Besuch in der sogenannten Stasi-Zentrale am 15. Januar 2020 anlässlich des 30. Jahrestages des "Sturms auf die Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg" die Situation erneut auf und forderte die Fortsetzung dieser volksverhetzenden Tätigkeit. Die Erstürmer der Zentrale hätten "Geschichte, Demokratiegeschichte geschrieben", Und Jahn will erreichen, dass die früheren 485 MfS-Offiziere mit Dokortitel diesen Titel mit dem Zusatz "Stasi" führen müssen. Die Arbeiten seien "Anleitungen zur Verletzung der Menschenrechte" gewesen. Was für ein Schwachsinn! Die Kultur-Staatsministerin Grütters erklärte: "Wir arbeiten an der dauerhaften Sicherung dieses Erbes, nicht zuletzt durch die neue Mitverantwortung des Bundesarchivs für den Aktenbestand". Die ehemalige MfS-Zentrale soll zum "Campus der Demokratie" umgebaut werden. Dafür beschloss der Berliner Senat eine Vorlage der linken Bausenatorin Katrin Lompscher.

Besonders für junge Leute soll dieser Ort ein "Lern- und Erinnerungsort" werden. Der Gipfel an Dummheit ist ein am 6. Januar 2020 vorgestelltes Kartenspiel "Stasi raus, es ist aus", das an die "Eroberung der Stasi-Zentrale" vor 30 Jahren erinnern soll und seit 15. Januar im Shop des "DDR-Museums" in Berlin erhältlich ist.

Jeder ist heute erwünscht, der sich als Opfer geriert und dabei Horrormärchen über DDR und MfS erfindet, wie im Fernsehen "Brandenburg aktuell" am 31.10.2019, indem über Todeszellen und Erschießungsszenarien der "Stasi" im Jugendwerkhof Torgau berichtet wird. Rechtliche Gegenwehr gegen solche Hetz- und Hassberichte ist im "Rechtsstaat BRD" kaum möglich, weil zumeist weder konkrete Personen angegriffen oder die behaupteten Tatsachen sogleich als Vermutungen oder Erzählungen anderer wieder relativiert werden (was natürlich der Zuschauer/Hörer/Leser kaum registriert).

Beschämend ist generell die Rolle der Partei Die LINKE in diesem perversen Wettbewerb. So hat der ehemalige Thüringer MP Ramelow zwar kürzlich klagend von der kritikwürdigen Behandlung der "buckligen Verwandtschaft" im Osten gesprochen, der ausgehandelte - nun erst einmal schwebende - Koalitionsvertrag in Thüringen zwischen der Partei DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD ist aber an Diffamierung der DDR kaum zu überbieten:

Auszüge

"Die DDR war eine Diktatur, kein Rechtsstaat...

*weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der **Konsequenz ein Unrechtsstaat**....*

*Wir vereinbaren deshalb engagierte, auf lange Sicht angelegte Projekte der politischen Bildung, in denen die Vergangenheit der DDR vielfältig und **beispielhaft für die gesamte Bundesrepublik** aufgearbeitet wird....*

An den bisher drei BStU-Standorten in Gera, Suhl und Erfurt sollen regionale Zentren der Erinnerungsarbeit und Demokratiebildung entstehen, ...

*Die Parteien verständigen sich darauf, **nicht mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren, zusammenzuarbeiten**. Die Koalition wird **keine Personen**, die direkt oder indirekt mit dem Sicherheitssystem der DDR zusammengearbeitet haben, in Positionen dieser Regierung entsenden. Ebenso sollen **Menschen, die leugnen, dass die DDR kein Rechtsstaat war, keine Verantwortung in der gemeinsamen politischen Arbeit für Thüringen wahrnehmen**. Mit allen, die in der DDR Schuld auf sich geladen haben, diese Schuld aber eingestehen, bekennen und ihren Beitrag zur Aufarbeitung leisten wollen, werden wir zusammenarbeiten".*

Einen Satz der Vereinbarung muss man besonders hervorheben:

***"Ebenso sollen Menschen, die leugnen, dass die DDR kein Rechtsstaat war, keine Verantwortung in der gemeinsamen politischen Arbeit für Thüringen wahrnehmen"**.*

Verständlich formuliert heißt das: Jeder der behauptet, die DDR sei ein Rechtsstaat gewesen, darf in Thüringen keine politische Verantwortung tragen. Darunter fallen selbstverständlich hoheitliche Aufgaben im Land und in Kommunen.

Was hier geschieht, ist eine neue Form von **Berufsverboten**. Kreiert und getragen von der Partei DIE LINKE. Zumindest durch Schweigen abgeseget von der Parteiführung und anderen Spitzenpolitikern der Partei.

Ich erspare mir an dieser Stelle weitere Kommentare. Niemand hat bisher auf diese Verschärfung der Berufsverbote hingewiesen, auch keine Kritiker von links.

Machen wir das öffentlich, entlarven wir diese Anbiederung aus billigem Opportunismus, Feigheit, Machtgier.

Verehrte Anwesende!

Der Koalitionsvertrag ist zwar momentan nicht aktuell, aber

1. jede neue Regierung in Thüringen wird hinter den Vereinbarungen nicht zurückbleiben,
2. allein die festgeschriebene Absicht zeigt die Position der Partei DIE LINKE.

Also, liebe Genossinnen und Genossen, auch von einer linken Parteiführung ist nichts zu erwarten. Sie verrät das eigene Land, aus dem die Partei ursprünglich hervorgegangen ist. Unsere Verbündeten sind - allerdings teilweise auch mit Abstrichen - Kommunisten und Sozialisten in ganz Deutschland. Wenn ich sage mit Abstrichen, dann sind auch manche von diesen Opfer der Manipulation und Einschüchterung schon früher gewesen oder heute geworden. Auch andere fortschrittliche Bürger, aufrechte Demokraten, überlegen sich gut, ob sie sich mit uns solidarisieren. Besser, sie erwähnen uns gar nicht. Wie neulich in einem ausgezeichneten Beitrag der Jungen Welt vom 3.1.2020: "Antikommunistische Justiz, Feindstrafrecht", in dem die DDR, Berufsverbote und Verfolgungen ihrer Bürger seit 1990 gar nicht vorkamen. Aber wir kennen das auch von Freunden der Friedensbewegung, von der VVN, der Roten Hilfe, die - wenn sie uns nicht gar angreifen - verschweigen. Bloß keine Solidarität mit der DDR, geschweige denn, mit dem MfS.

In einem bemerkenswerten Kommentar der SZ vom 19.1.2020 kritisiert Heribert Prantel das BVerfG und dessen Entscheidung zum Nichtverbot der NPD vom Januar 2017. Verfassungsfeindlich, aber nicht gefährlich, lautete bekanntlich das Urteil der höchsten Richter. Prantel sieht in dieser Entscheidung eine Ursache für Verrohung und weitere gefährliche Auswirkungen im Alltag. "Wenn Volksverhetzung zum Alltag wird, darf der Staat nicht zuschauen", so Prantel.

Tausende Ostdeutscher erleben mit "Erinnerungspolitik" und Opferkult seit 30 Jahren Volksverhetzung. Staatlich verordnet, finanziert, geplant, organisiert. Von höchster Stelle, Staatspolitik. Und Die LINKEN schweigen, oder sie beteiligen sich sogar daran, wenn es z. B. um Machtbeteiligung geht. Nur - all das gilt rechtlich nicht als Volksverhetzung. Das beste Beispiel, wie politisch Recht ist. Was natürlich vom "Rechtsstaat BRD" bestritten wird.

Liebe Freunde!

Die Überprüfungen auf Zusammenarbeit und Kontakt mit dem MfS nach dem BStU-Gesetz werden noch Jahre andauern. Menschen werden gejagt und bestraft. Für ihre Treue zum Staat DDR werden sie bis zu ihrem Lebensende verfolgt. Erklärbar, dass manche schwach und krank wurden, nicht wenige Suizid begingen. Die öffentliche Diffamierung und Verunglimpfung von Bürgern hat dazu geführt, dass sich heute nur wenige zu ihrer damaligen Überzeugung bekennen, erst recht zur Zusammenarbeit mit dem MfS. Aus Opportunismus, Furcht, Nötigung, falscher Scham. Wer aber den Mut hat, sich dazu öffentlich zu bekennen, muss mit Nachteilen, vor allem im beruflichen Leben und mit Rufschädigung rechnen. Ihnen allen gebührt unsere Solidarität, unser Beistand.

Solidarität untereinander und mit allen progressiven Kräften, die sich gegen diese "Kriegspolitik" im Inneren und nach außen wenden, ist und bleibt eine unserer Stärken und Verpflichtungen.

Wir üben selbstverständlich Solidarität mit Organisationen, denen aus politischen Gründen die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde, ungeachtet bestehender Differenzen in Einzelfragen, wie z.B. zum Antifaschismus der DDR durch Verantwortliche in der VVN/BdA. Wir sagen aber auch: Solidarität ist nicht bedingungslos. Wir erwarten zumindest, dass sie nicht noch Schützenhilfe für unsere erklärten Feinde leisten.

Liebe Mitstreiter,

eine Vielzahl von Bürgern loben, nachdem sie den brutalen Kapitalismus kennengelernt haben, die soziale Sicherheit und menschliche Geborgenheit in der DDR. Manche, auch Verbündete, betonen dabei, die DDR ließe sich nicht auf "Stasi und Stacheldraht" reduzieren, und all das Gute sei trotz engstirniger Funktionäre möglich gewesen. Nein, die heute vermissten Werte des Sozialismus waren über Jahrzehnte nur Realität, weil viele fleißige und kluge Funktionäre für den Sozialismus stritten und wir unsere Macht auch mit "Stasi und Stacheldraht" sicherten, sichern mussten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich komme zu meinem Ausgangspunkt zurück.

Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit, steht auf unseren Fahnen. Dafür haben wir an unterschiedlichen Stellen in der DDR gestritten. Dort liegt auch heute unsere gemeinsame Verantwortung.

Kaum existierte die sozialistische Staatengemeinschaft nicht mehr, gab es keine Warschauer Vertragsstaaten und mit ihnen die DDR und deren Schutz- und Sicherheitsorgane mehr, wurde aus dem staatlich vereinten Deutschland ein Großdeutschland mit weltweiten auch militärischen Machtansprüchen, und die NATO erweiterte sich gen Osten.

Für Bundeswehrgeneral Schelleis sei die Übung "Defender 2020" nicht *direkt* (so wörtlich) gegen Russland gerichtet, Provokation und Feindschaft gegen Russland sind aber unübersehbar. Die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen ist bekanntlich aus einem Manöver heraus nicht nur abstrakt. Deshalb gilt es, in einem breiten Bündnis - einer Volksbewegung - gegen das Manöver "Defender 2020" Front zu machen.

Besonders in diesem 75. Jahr der Befreiung und des Sieges über den Faschismus ist es uns Herzensbedürfnis und Verpflichtung, Solidarität mit Russland und seinem Präsidenten zu üben sowie Frieden und Freundschaft mit der Russischen Föderation zu fordern.

Beitrag von Reinhard Grimmer, Mitglied des Vorstandes der GRH und Leiter der Arbeitsgruppe Sicherheit



Genossinnen und Genossen, werte Gäste!

Unser Vorsitzender, Genosse Hans Bauer, hat bereits sehr entschieden die aktuellen Lügen über die DDR, im Besonderen über ihre Sicherheits- und Rechtspolitik, die immer massivere, ungezügeltere Hetze und Verleumdung ihrer Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgane zurückgewiesen. Je massiver die von den USA, der NATO (unter Beteiligung gerade auch der BRD) aktuell ausgehende Kriegsgefahr, eines erneuten Feldzugs gegen Russland, mit einem Hauptaufmarschgebiet auf dem Territorium der ehem. DDR, und je spürbarer der Sozialabbau, die Kluft zwischen arm und reich, um so massiver die widerwärtigsten Inhalte und Formen der Anti-DDR-Propaganda und im besonderen gegen das MfS. Soll doch damit jeder Gedanke an eine erneute sozialistische Alternative zur imperialistischen BRD im Keime erstickt werden. Das zeigte sich u. a. drastisch in den jüngsten Fernsehbeiträgen über Erich Mielke und je näher der heutige 70. Jahrestag der Bildung des MfS rückte. Und ein Ende dieser medialen Hexenjagd gegen das MfS, seine hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter ist nicht in Sicht. Im Gegenteil!

Seit Inkrafttreten des ersten BStU-Gesetzes wurde es achtmal novelliert, stets verbunden mit einer ständigen, auf größere Öffentlichkeitswirkung ausgerichteten Manipulierung, besonders der „Aktenkilometer“, und einer uferlosen Ausdehnung des IM-Begriffs. Die damit verfolgten Absichten, das MfS weiter zu verteuflern und zu kriminalisieren, sind in Bezug auf zwei Grundrichtungen durchgehend und besonders prägnant zu erkennen: die Verlängerung der Überprüfungsfristen und die Erweiterung des Kreises der Antragsteller auf Akteneinsicht. Im September vergangenen Jahres beschloss der Deutsche Bundestag (gegen die Stimmen der Partei Die Linke), die im „Stasi-Unterlagengesetz“ festgelegte Regelüberprüfung im öffentlichen Dienst um weitere 10, also bis Ende der 2030iger Jahre, auf dann insgesamt 40 Jahre zu verlängern. Pfarrer Gauck, einst BStU-Chef, verlangte in diesem Zusammenhang ungeniert: Den Titel „Unrechtsstaat DDR“ müsse jeder staatliche Beamte und Angestellte vertreten! Und BStU-Jahn verkündete erst

jüngst: Es darf und wird kein „Verfallsdatum“, „keine Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze“ geben!

Wir können somit sicher sein: Mit der bevorstehenden Überführung des sogenannten „Stasi“-Unterlagenarchivs in das Bundesarchiv bleibt nicht nur alles beim Alten! Es werden damit die notwendigen finanziellen und inhaltlichen Bedingungen dafür geschaffen: „Stasi“-Hatz für alle Zeiten, mit Lügen und Halbwahrheiten ohne Ende!

Wir haben und werden in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen, welche Strafverfahren einst Hubertus Knabe gegen unseren Genossen Wolfgang Schmidt betreffs dessen Internetplattform www.mfs-insider.de inszenierte und welche rechtlichen Winkelzüge Knabe dafür ins Feld führte. Und dazu gehört u. a. auch die jüngste Initiative von Jahn, den ca. 500 Doktoranten der Hochschule des MfS die Ergänzung „Dr./Stasi“ aufzuzwingen, da die Aberkennung des Titels aus rechtlichen Gründen (Einigungsvertrag) nicht möglich ist. Übrigens, es erhebt sich die Frage: Hat es eine vergleichbare Markierung in der BRD betreffs der Nazi-Doktoren auch gegeben?

Genossinnen und Genossen, werte Gäste!

Auch wenn sich die Reihen, nicht nur in unserer AG Sicherheit, durch den Tod vieler unserer Kampfgefährten sowie aus Alters- bzw. gesundheitlichen Gründen gelichtet haben und absehbar weiter lichten – wir werden auch weiterhin den Kampf gegen die Lügen über die DDR und im Besonderen über ihre Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgane führen.

Bewährt haben sich in diesem Sinne unsere Buchbesprechungen und die anderen thematischen Veranstaltungen zur Auffrischung bzw. Vermittlung konkreten geschichtlichen Wissens. Wir sind an weiteren Terminen für derartige Veranstaltungen interessiert, auch in jenen Kreisen, für die das MfS nur die vom Zeitgeist charakterisierte „Stasi“ ist.

Den vermeintlichen Siegern der Geschichte geht es mehr denn je darum, den ersten Sozialismus-Versuch auf deutschem Boden so zu diskriminieren, dass er für die Mehrheit der Bürger, und besonders die junge Generation, nur noch ein Schreckgespenst ist. Und dem MfS soll dabei für alle Zeiten eine Hauptrolle zukommen.

Aber offensichtlich sind die „Aufarbeiter“ mit der Wirkung der permanenten Verleumdung unzufrieden. Noch zu viele ehemalige DDR-Bürger, zunehmend auch Bürger, die im sogenannten vereinten Deutschland groß geworden sind, betrachten die DDR und auch das MfS unter dem Blickwinkel Friedensstaat und Friedensdienst.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die mehr als sorgenvollen Worte von Frau Birthler, die als einstige BStU-Chefin verkündete:

„Der Geist eines Systems hält länger als das System selbst. Wichtig bleibt das Anliegen, das Bild der DDR nicht einer Verklärung auszuliefern und Menschen, die

sich politisch diskreditiert haben, von der Macht fern zu halten. Es geht um die Frage, was unseren Enkeln einfällt, wenn sie das Wort DDR hören. Als Erstes wohl: Die Mauer. Was aber wird der zweite, dritte, vierte Begriff sein? Stasi? Diktatur? Oder werden sie sagen: Vollbeschäftigung, Ruhe und Ordnung? – Darum wird gekämpft!...“ Und weiter die BIRTHLER: „Wenn wir es unterlassen, die totalitären kommunistischen Diktaturen zu verurteilen, könnte eine illusorische Nostalgie im Bewusstsein junger Generationen entstehen, die in diesem Regime einen möglichen Ersatz für die liberale Demokratie sehen könnten.“ Soweit Frau BIRTHLER!

Deren Botschaft fand ihren Niederschlag im „Konzept des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und des Bundesarchivs für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch deren Überführung (des Stasi-Unterlagen-Archivs) in das Bundesarchiv“. Als Jahn gemeinsam mit dem Chef des Bundesarchivs, Dr. Hollmann, dieses Konzept am 13. März

2019 verkündete, hoben sie 3 Tätigkeitsfelder besonders hervor:

1. Für die bisher in der BStU-Behörde gelagerten Akten, Filme, Fotos und Tonaufzeichnungen des MfS soll künftig das Bundesarchiv verantwortlich sein. Dort soll ein eigener Bereich unter einer „herausgehobenen Leitung“ mit der Bezeichnung „Stasi-Unterlagen-Archiv“ eingerichtet werden, in dem die „speziellen Aufgaben des heutigen BStU weitergeführt“ werden. Wörtlich: *„Als Teil des Bundesarchivs werden die Stasi-Unterlagen noch stärker als bisher eingebunden in die Strukturen zur Bewahrung des schriftlichen Kulturerbes unserer Nation und können so, eingebettet in den Überlieferungskontext der gesamten DDR-Geschichte, noch besser einen dauerhaften Beitrag zur gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur leisten“*. Es bleibt somit bei der Deutungshoheit der BStU-Folgeeinrichtung unter dem Dach des Bundesarchivs, mit allen damit verbundenen Rechtsbrüchen und der Verschwendung von Steuergeldern. Sprich: Hass auf und Hetze gegen das MfS als Dauerauftrag!!!
2. Auf dem ehemaligen Gelände der einstigen MfS-Zentrale in Berlin Lichtenberg soll ein „Archivzentrum zur SED-Diktatur“ eingerichtet werden, in dem neben den MfS-Unterlagen auch die Bestände der zentralen DDR-Behörden, die Archive der SED sowie der Massenorganisationen untergebracht werden.
3. Der BStU hat aktuell 12 Außenstellen in den ehemaligen Bezirksstädten der DDR, in denen die Bestände der jeweiligen Bezirksverwaltungen des MfS lagern. Hier soll zukünftig eine Bündelung der Archivstandorte erfolgen, in dem es „nur noch einen Archivstandort in jedem ostdeutschen Bundesland“ gibt.

Wörtlich heißt es dazu im Konzept: *“Die Landesregierungen betrachten die auf dem Gebiet ihrer Länder entstandenen Stasi-Unterlagen als herausragendes Kulturgut. ... Die Einbindung der Archivstandorte in die regionale Gedenk- und Erinnerungslandschaft seien für die Landesregierungen von zentraler Bedeutung.*

Damit kommende Entscheidungen über die Standorte der „Stasi-Unterschlösser-Archive“ in den Bundesländern erfolgen können, habe Herr Jahn bereits die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien gebeten, in den jeweiligen Bundesländern mittels Machbarkeitsstudien geeignete Liegenschaften und Flächen zu prüfen“.

Eine unserer Erfahrung besagt: Wer historische und politische Zusammenhänge aufdecken und verstehen will, sollte den Protagonisten die richtigen Fragen stellen!

Ich verweise besonders auf unsere GRH-Broschüre vom November 2018 unter dem Titel „Wahrheit und Versöhnung? Zum Umgang mit der DDR-Geschichte“, über die Genosse Bauer bereits sprach.

Und Geschichte erhellende Fragen zur Bildung des MfS vor 70 Jahren hat uns (Wolfgang Schmidt, Karl Rehbaum und mir) z. B. der Verleger Frank Schumann gestellt, wie aus der heutigen jW-Beilage unter dem Titel „Es ist ein Tag der Erinnerung, kein Grund zum Feiern“ ersichtlich!

Und besonders treffend kommt m. E. der Wert einer solchen Herangehensweise betreffs der vom Zeitgeist bestimmten Geschichtsaufarbeitung auch in der Leserzuschrift von Dr. jur. Heinz Günther an die „jungeWelt“ zum Ausdruck, veröffentlicht in der Ausgabe vom 10. Januar 2019. Darin heißt es:

„Wann werden ehemalige hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit endlich als gleichberechtigte Bürger des Landes behandelt? Obwohl sich die Mitarbeiter des MfS für den Erhalt der DDR eingesetzt haben, ohne gegen geltendes Recht zu verstoßen, (...) werden sie immer noch gesellschaftlich ausgegrenzt. Geltendes Recht schreibt dagegen gemäß Paragraph 78, Abs. 1/3 StGB vor, dass die Verjährungsfrist der Verfolgung bei außerordentlich schweren Straftaten „die im Höchstmaß mit Freiheitsstrafe von mehr als fünf bis zu zehn Jahren bedroht sind“, bereits nach zehn Jahren endet. Selbst wenn allein schon die Zugehörigkeit zum MfS nach jetzt geltenden Rechten gegen alle Rechtsstaatsprinzipien als „Straftat“ gelten würde, wäre die Verjährungsfrist für die Betroffenen schon längst abgelaufen. ... (Es) zeigen sich immer wieder Praktiken und Haltungen, die mit den Prinzipien eines Rechtsstaates völlig unvereinbar sind. Ginge es nach dem Verständnis einiger Lokalpolitiker, soll die frühere Zugehörigkeit zum MfS offenbar als lebenslanger „Dauerstrafbestand“ gelten. (...) Für gewisse Kreise scheinen im Umgang mit ehemaligen Mitarbeitern des MfS alle Normen der Rechtssicherheit, der Gerechtigkeit und der Angemessenheit keinerlei Bedeutung zu haben.“

Was tun? Unser Vorsitzender, Rechtsanwalt Hans Bauer, hat es treffend in die Worte gefasst: Jetzt erst recht Aufklären, Motivieren, Widerstand erzeugen und leisten! Als Mitglieder der GRH, und im Besonderen unserer beiden Arbeitsgruppen Sicherheit und Aufklärung, sehen wir uns weiterhin verpflichtet, inhaltlich

übereinstimmend, die Öffentlichkeit auf allen Ebenen zu suchen, um unsere Kenntnisse und Meinungen sachkundig einzubringen.

Wir wenden uns zugleich nicht nur an alle GRH-Mitglieder,

- weiterhin in Briefen an Politiker, an Abgeordnete oder bei öffentlichen Veranstaltungen zu protestieren, auch wenn zu erwarten ist, dass keine Antwort erfolgt;
- themenbezogene DDR-Bücher und besonders auch jene, die nach der sog. Wende im Verlag edition ost und im Verlag wiljo heinen zur Vermittlung der historischen Wahrheit herausgebracht wurden, an Enkel/Urenkel und im Freundeskreis weiterzugeben;
- eigene Erinnerungen an das Leben in und an den Dienst für die DDR, der Familie und Freunden zu hinterlassen;
- so gut es noch geht, an Veranstaltungen der GRH, ISOR, des RotFuchs, der GBM und insgesamt der im Ostdeutschen Kuratorium zusammenarbeitenden Vereine und Organisationen teilzunehmen, um sich dort Kraft zu holen und zugleich Solidarität zu bekunden;
und
- nicht aus Alters- bzw. gesundheitlichen Gründen aus der GRH auszutreten; zu bedenken, wie wertvoll heute erst recht jeder Mitgliedsbeitrag ist, um bei Rückgang der Mitgliederzahlen trotzdem unseren kollektiven Kampf fortführen zu können!

Wir werden uns auch weiterhin nicht vor den vermeintlichen „Siegern der Geschichte“ krumm machen. Hetze, Verleumdungen und Lügen fordern uns vielmehr heraus, bis zum letzten Atemzug unserer gerechten Sache zu dienen und den Lügen die Wahrheit entgegenzusetzen!

In diesem Sinne: Kopf hoch und nicht die Hände!

Beitrag des Genossen Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V.



Liebe Freunde und Genossen,

Es ist mir ein Herzensbedürfnis, allen ehemaligen Angehörigen des MfS zum 70. Jahrestag der Bildung ihres Ministeriums herzliche Grüße und Glückwünsche des Vorstandes, des Beirates und der Mitgliedschaft unserer Initiativgemeinschaft zu übermitteln.

In meinem SV-Ausweis steht für die Jahre 1953 - 1957 folgender Eintrag: „Ministerrat der DDR, Ministerium des Inneren, Staatssekretariat für Staatssicherheit.“

Darauf war und bin ich immer stolz.

„ISOR aktuell“ wird mit einem Beitrag von Generalmajor a.D. Heinz Engelhardt den 70. Jahrestag des MfS besonders würdigen.

Unter Führung von General Gartmann haben die Trapo, die Grenzpolizei und die Bereitschaftspolizei fleißig und mit großer Anstrengung für die Frühjahrs- und Herbstinspektionen geübt. Wenn ich auch manchmal geflucht habe, geschadet hat es nicht. Im Gegenteil es war positiv für die Körperertüchtigung. Trotz meiner 83 Jahre profitiere ich davon heute noch.

Persönlich hatte ich immer ein gutes Verhältnis zu den Mitarbeitern des MfS. So ging z.B. der Referatsleiter der Abteilung XIX mit meiner Frau in eine Klasse. Er war dann auch Organisator und Mitgestalter unserer Hochzeit.

1954/55 gingen 5 Genossen meines Zuges zum MfS. Ich war leider nicht dabei und deshalb schwer beleidigt. Mit dem Abteilungsleiter XIX der BV Cottbus verbanden mich nicht nur dienstliche sondern auch freundschaftliche und familiäre Kontakte. Er half mir zum besseren Verständnis und zur richtigen politischen Bewertung der Ereignisse in den Jahren 1987/1989 (z.B. Umweltbibliothek). So konnte ich politische Ereignisse besser verstehen und habe ihm hierbei viel zu verdanken.

Das ist für mich auch ein Grund dafür, mit Euch gemeinsam weiter zu kämpfen und zwar solange, bis für alle soziale Gerechtigkeit hergestellt ist.

Beitrag der Genossin Renate Schönfeld, Mitglied des Vorstandes der GRH



Als die Meldung durch die Nachrichten ging, dass dem VVN/BdA in Berlin die Gemeinnützigkeit entzogen wurde (und die jüngsten Vorgänge in Thüringen gehen in derselben Richtung einen Schritt weiter) durchfuhr mich ein Schrecken, die Angst vor einem neuen Faschismus. Am 27. Januar war im Spiegel zu lesen, dass Auschwitz von den Amerikanern befreit worden sei, nicht von der Roten Armee. Die Spiegelbehauptung und das dazu gehörende Bild wurden erst nach Protesten vom Netz genommen. Geschichtsfälschungen dieser Art gibt es seit 1989 und häufen sich, je näher der 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus rückt. Ich erinnere an die Einschätzung des Nichtangriffsvertrages zwischen der Sowjetunion und dem faschistischen Deutschland von Polen und in gleicher Weise der EU, die besagt, dass die Sowjetunion Mitschuld am Beginn des 2. Weltkrieges trägt. Die Geschichte ist noch nicht gänzlich umgeschrieben, aber es sollte nicht verwundern, wenn in einigen Jahren die SU zum Hauptschuldigen am Entstehen des 2. Weltkrieges erklärt wird.

Die Maßnahme gegenüber der VVN, - im Frühjahr 2019 wurde bereits den Vereinigungen ATTAC und COMPACT die Gemeinnützigkeit entzogen -, macht deutlich, dass inzwischen selbst die bürgerliche Demokratie in Gefahr ist.

Max Reimann erklärte vor dem Bundestag, dass die Zeit kommen wird, in der die Kommunisten das Grundgesetz verteidigen werden.

Zum Wesen des Faschismus gehört, dass jeder Widerstand ausgeschaltet wird. Und um die Menschen einzuschüchtern sind Angriffe, Überfälle und Morde faschistischer Banden inzwischen alltäglich. Sie begannen bereits in Rostock gleich nach der Konterrevolution, als ein Wohnheim, das von Vietnamesen bewohnt war, brannte. Diese Taten werden ebenso wenig aufgeklärt wie die des sogenannten NSU, aber auch der Mord am Regierungspräsidenten Lübcke, die Attentate auf die Synagoge in Halle. Die AfD hat mit Unterstützung von Pegida und ähnlichen reaktionären Bewegungen und Parteien - die NPD eingeschlossen -, einen beachtlichen Start gehabt. Das liegt *auch* an der Politik der Linkspartei, die jahrelang die Anliegen der Menschen vertrat.

An ihre Stelle ist die AfD getreten. Sie spricht auf ihre Weise die Probleme der Menschen an, um sie zugleich zu betrügen. Die Zahlen ihrer Anhänger stagnieren gegenwärtig, denn noch nützen die Politik von CDU, CSU und SPD den Kräften des Monopolkapitals, um die Menschen, speziell das Proletariat, aber auch den Mittelstand, ökonomisch auszubeuten und sozial ins Abseits zu stellen.

Der VVN wird konkret vorgeworfen, eine „extremistische“ Organisation zu sein. Sie ist politisch wichtig als antifaschistische Organisation, die 1947 auch als Lehre und Konsequenz aus Faschismus und Krieg gegründet wurde. Gerade in der gegenwärtigen Situation hat und braucht sie unsere Solidarität. Die zumeist leider stillen Gedenken am und um den 27. Januar, zu denen die VVN aufgerufen hatte, wurden von Mitgliedern der AfD mit polizeilicher Unterstützung zum Beispiel auf dem Friedhof in Marzahn gestört und behindert.

Die VVN in der DDR hatte eine marxistische Basis. Zu ihrer Gründung gehörte, die Ursachen für Krieg und Faschismus zu benennen. Aber seit dem VVN-Kongress in der früheren FDJ-Hochschule am Bogensee im Mai 1991, bei dem die Faschismusanalyse von Georgi Dimitroff infrage gestellt wurde, ist sie in der Frage nicht mehr geschlossen.

Mit der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen sind neue Fakten geschaffen: Die reaktionärsten imperialistischen Kräfte zeigen, dass sie zur Sache kommen, um weitere Profite zu erzielen, auch mit faschistischen Methoden. Die Verschärfung der Widersprüche ist aggressiver und gefährlicher geworden. Heute helfen „Fridays for future“ oder auch die Kämpfer ums Tierwohl dabei, um die Belastungen für die Menschen drastisch zu erhöhen. Darum werden sie gestreichelt. Antifaschisten werden dagegen seit eh und je gejagt, vor Gericht gestellt und verurteilt. In den Zusammenhang der Faschismusproblematik gehört die Gefahr eines neuen Weltkriegs, den es vorrangig zu verhindern gilt. Das Manöver Defender 2020 kann nicht anders als eine massive Drohung besonders gegen Rußland gewertet werden.

Auf all die angedeuteten Fakten zu sehen, kann mutlos machen. Aber der Widerstand entwickelt sich in vielen Ländern, glücklicherweise auch bei uns. Ich könnte von Martin Luther und dem Apfelbaum reden, den er pflanzen wollte, auch wenn die Welt untergehen sollte. Wir wollen keinen Krieg und keine Vernichtung der Lebensgrundlagen. Darum rede ich lieber von Russland und der Volksrepublik China als der starken geschlossenen Friedensmacht in der Welt.

Beitrag des Genossen Dieter W. Feuerstein, Kundschafter für den Frieden



Danke, dass ich hier und heute sprechen darf. Es ist mir eine Ehre.

Warum die Verpflichtung bei der HVA?

Viele gute Gründe, für mich mit Abstand der Wichtigste:

Für alle Krisen – besonders die Überproduktionskrise - des Kapitals ist die Kapitalvernichtung zwingendes Gebot. In der Krise sinkt außerdem die Profitrate.

Der Krieg heilt beide Probleme. Er zerbombt und vernichtet Kapital und generiert damit neues Wachstum.

Waren, die nur zum Zweck ihrer Vernichtung produziert werden (zum Beispiel die Handgranate) ermöglichen auch in der Krise noch Gewinnmaximierung.

Die Linken der 70er Jahre gingen mit der Parole „Der Imperialismus besitzt keine Friedensfähigkeit“ auf die Straße.

Richtig; wie gerade erläutert.

Nur:

Die konsequente Schlussfolgerung haben die meisten (Trotzkisten, Anarchisten Utopisten, usw.) aus dieser Erkenntnis nicht gezogen; also die Umkehrung der Logik:

Ein Staat, der seine Triebkräfte nicht aus der privaten Profitlogik entwickelt, hat kein Interesse am Krieg und ist damit a priori ein Friedensfaktor.

Aus dieser Überlegung wollte ich mich der einzigen politischen Kraft in der BRD anschließen, die sich ohne Wenn und ohne Aber auf die Seite der realsozialistischen Staatengemeinschaft gestellt hat – und bis heute dort steht. Der Deutschen Kommunistischen Partei, der DKP.

Bedingt durch glückliche Umstände – wer meine Biografie kennt, weiß, was damit gemeint ist – bot sich mir in frühester Jugend, genauer zwei Jahre vor meinem Abitur in Frankfurt am Main, die Gelegenheit, mich bei der HVA zu verpflichten.

Gelegenheit also, mich einzubringen in jene Kraft, deren Aufgabe im Schutz dieser Friedensmacht – sowohl nach innen, wie nach außen – stand.

Gedankensprung:

Ein Nachrichtendienst muss professionell arbeiten, will er erfolgreich sein. Und wahrlich, das war die HVA!

Eine Quelle muss bei Laune gehalten werden, sie darf nicht versiegen.

Mein Problem – da will ich ehrlich sein – war die Frage, wie authentisch waren die guten, lobenden Worte?

Die Zeit nach meiner Entlassung hat mir mein Misstrauen vollständig genommen. Bis heute verbinden mich mit meinen Führungsoffizieren herzliche und freundschaftliche Gefühle.

Gedankensprung

Ja, die Verräter gibt es auch. Die Sektion Wissenschaft und Technik (SWT) kann besonders leidvoll ein Lied davon singen.

Stiller, Teske, Weigelt – um nur die schlimmsten Schufte mit Namen zu benennen – aber das wisst ihr ja alle viel besser.

Dennoch – in den einsamen Stunden der Haft gezählt, wussten 1990 12 Personen in der DDR meinen Klarnamen.

Leider spricht heute jeder über die Verräter, aber nur sehr wenige über die, die ihren Mund gehalten haben, auch unter schwersten Bedingungen und manchen Verlockungen. Sie seien hier und jetzt anerkennend erwähnt. In meinem Fall waren das über 90 %! Ein wirklicher Beweis für die moralische Qualität unseres Dienstes.

Gedankensprung

Die meisten von euch werden die zweiteilige Dokumentation „Inside HVA“ gesehen haben. Eine Bewertung dieses Beitrags steht meinerseits noch aus – ich werde das persönlich Jürgen Ast, dem Regisseur, gegenüber tun. Von meiner Seite nur soviel:

Zum ersten Mal ist es mir gelungen, ein Statement einer breiten Öffentlichkeit gegenüber zu platzieren, das mir sehr am Herzen liegt und das wir alle im Hinblick auf die aktuelle kriegsvorbereitende militärische Umzingelung Russlands niemals vergessen dürfen. Dieser Satz lautet – und damit will ich meinen Beitrag auch schließen:

Ich bin stolz darauf, Soldat und Offizier gewesen zu sein in einer Armee, die vom Tag ihrer Gründung bis zu deren Auflösung keinen einzigen Krieg führen musste.

Danke!

Beitrag des Genossen Heinz Engelhardt (In Abstimmung mit Genossen Heinz Engelhardt und mit Zustimmung der Redaktion von „ISOR-aktuell“ übernehmen wir seinen Beitrag „Das Leben der Eigenen“ aus ISOR-aktuell, Ausgabe Februar 2020)



Am 08. Februar 1950 beschloss die Provisorische Volkskammer der DDR das „Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit“ (Veröffentlicht im Gesetzblatt Nr.15 Seite 95)

Die DDR war gerade einmal vier Monate alt. Sie sah sich zu diesem Schritt veranlasst aus der Tatsache verstärkter Angriffe gegen die Souveränität und Sicherheit des jungen Staates. Ab 1950 begann die USA die Wiederaufrüstung West Europas. Der Kampf gegen den Kommunismus wurde zur Staatsdoktrin der USA erhoben. Nichts aber auch gar nichts machte die USA schon damals uneigennützig. Heute heißt das „Amerika first“. Ihr und ihren Verbündeten waren alle Mittel recht, die DDR mit dem ganzen Arsenal verdeckter oder offener Aktionen zu schädigen. Von Sabotageakten in den Betrieben, Brandstiftungen und Viehvergiftungen in der Landwirtschaft, von Morden bis zur Abwerbung von Fachkräften reichte die Palette der Angriffe, gegen die sich die DDR erwehren musste.

Beim Aufbau der Strukturen des MfS standen uns sowjetische Tschekisten zur Seite. Sie waren Berater und Freunde zugleich. Die Freundschaft zum sowjetischen Bruderorgan wurde so zum festen Bestandteil unserer Tätigkeit. Sie war nicht zuletzt Garant für eine erfolgreiche Arbeit unseres Ministeriums.

Zur Gründergeneration des MfS gehörten verdienstvolle Antifaschisten. In ihrer konsequent antifaschistischen Haltung waren diese Jahrzehnte prägend für die Erziehung unserer Mitarbeiter. Wir gedenken aus Anlass dieses Jahrestages solchen Genossen wie Erich Mielke, Robert Mühlforte, Alfred Scholz oder Erich Wichert. Sie kämpften als Interbrigadisten in Spanien oder verbüßten langjährige Zuchthausstrafen unter der faschistischen Herrschaft. Zu ihnen gehörte Markus Wolf, der mit seinen Eltern und seinem Bruder in der Emigration in der Sowjetunion lebte. Unter seiner Führung haben die Mitarbeiter der HVA und ihre Kundschafter den gegnerischen Diensten empfindliche Niederlagen zugefügt. Auch für den damals jungen 37jährigen Gehlert, Leiter der

Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt, war die Freundschaft zur Sowjetunion und das Kampfbündnis mit den sowjetischen Tschekisten immer eine Herzensangelegenheit. Minister Mielke hat uns immer wissen und spüren lassen, wer seine Lehrmeister waren und durch welche Schule er gegangen ist. Die Ansprache von Mielke im kleinen Kreis oder in Beratungen mit den Führungskadern des Ministeriums waren immer von einem prinzipiellen Klassenstandpunkt geprägt, direkt und ohne Wenn und Aber. Ich persönlich konnte diesem „revolutionären Pathos“ wenig abgewinnen. Nach 1990 haben die Medien derartige Passagen aus seinen Ausführungen genutzt, um die Arbeit des MfS prinzipiell in Abrede zu stellen, sie als verbrecherisch und menschenverachtend zu diffamieren. Es wurde uns unterstellt, dass wir uns nicht restlos von den Verbrechen, die in der Stalinära begangen wurden, distanziert haben.

Wer prägte dagegen die Entwicklung der westdeutschen Geheimdienste?

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutzes in der BRD war gewisser Hubert Schrübers, NS-Oberstaatsanwalt und Angehöriger einer Polizeieinheit der SS. Präsident sollte er bis 1972 bleiben. Präsident des BND war Reinhard Gehlen, Generalleutnant und dem MAD stand bis 1964 ein gewisser Josef Selmayer vor, ein in Jugoslawien 1948 verurteilter Kriegsverbrecher.

Die Tätigkeit des MfS erfolgte seit seiner Bildung auf der Grundlage und in Durchsetzung der Beschlüsse der SED. Wir handelten stets im Sinne der Partei und verstanden uns als ihr Schild und Schwert. Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch leninistischen Partei wurde in der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1974 festgeschrieben. 94,5 Prozent der Wähler stimmten in einem Volksentscheid zu dieser Verfassung mit „Ja“ und lediglich 5,5 Prozent mit „Nein“. Für alle Angehörigen des MfS gab es niemals Zweifel, dass sie auf der Grundlage und in Durchsetzung der Beschlüsse der SED handeln. Die Aufgaben des MfS wurden im Statut vom 30.9.1969 bestimmt. So wurde das Denken und Handeln der Angehörigen des MfS dadurch zementiert, den Schutz und die Entwicklung der DDR vor äußeren und inneren Feinden zu gewährleisten und das auch unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel und Methoden. Die politische und fachliche Qualifizierung unserer Mitarbeiter nahm in den Jahrzehnten immer einen hohen Stellenwert ein. Insgesamt 80 Prozent des Mitarbeiterbestandes verfügte über einen Hoch- oder Fachschulabschluss. Alle Leitungs- und Führungskader waren Absolventen der Juristischen Hochschule Potsdam oder ziviler Hochschulen. An der Parteihochschule oder den Bezirksparteischulen erwarben sie sich die erforderlichen politischen Kenntnisse.

Der Personalbestand des MfS wurde seit der Bildung permanent erhöht. Das hing einerseits mit der Übertragung neuer Verantwortungen durch veränderte Lagebedingungen, aber auch mit den wachsenden Anforderungen im administrativen Bereich zusammen. Heute müssen wir es als einen Fehler ansehen, dass dem MfS immer mehr Aufgaben übertragen wurden, sich abzeichnende Probleme in der Gesellschaft und die wachsende Unzufriedenheit unter Teilen der Bevölkerung mit strafrechtlichen Mitteln zu lösen. Insbesondere die zunehmende Antragstellung auf Übersiedlung nach Westdeutschland machte einen immensen personellen und materiellen Aufwand notwendig. Das erwies sich als verhängnisvoll und schadete dem Ansehen des MfS in der öffentlichen Wahrnehmung.

Besonders deshalb, weil es dem MfS über Jahrzehnte gelang, unter einem Großteil der Bevölkerung eine gesellschaftliche und politische Akzeptanz zu erzielen. Wobei Defizite in der Öffentlichkeitsarbeit nicht verschwiegen werden sollen. Erfolge unserer Arbeit wurden kaum wirksam publiziert und somit nicht der Allgemeinheit zugänglich gemacht.

Als Leiter der Kreisdienststellen Reichenbach und Karl-Marx-Stadt und als Leiter der Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder) nahm ich anlässlich unseres Jahrestages am 8. Februar die Gratulation und die Glückwünsche aus allen gesellschaftlichen Bereichen entgegen. Dazu gehörten auch die Blockparteien CDU, NDPD, LDPD und DBD. Mir heute noch vorliegende Glückwunschschriften und Grußadressen zeugen von dieser Wertschätzung. Dutzende Brigaden in Frankfurt (Oder) trugen den Ehrennamen „Dr. Richard Sorge“ oder „Felix Dzierzynski“. Noch im Herbst 1989 habe ich mich mit Brigademitgliedern getroffen und es wurde über die Sorgen und Ängste hinsichtlich der Entwicklung in der DDR gesprochen. Das änderte sich dann schlagartig. Wir wurden zur Inkarnation des Bösen. Alle Entartungen des Sozialismus wurden dem MfS angelastet. Leider erfuhren wir in den Medien und in der Öffentlichkeit kaum noch Unterstützung, weder durch Parteiführung noch die anderen Sicherheits- und Schutzorgane und auch nicht durch unsere sowjetischen Verbündeten.

Auf die durch das MfS erarbeiteten Informationen an den Generalsekretär des ZK der SED oder die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen wurde immer weniger und in den letzten Jahren kaum noch reagiert, zumindest haben wir nichts davon gemerkt. Es machte sich eine beängstigende Sprachlosigkeit breit und das ebenso in unserem Ministerium. Auch von Minister Mielke erhielten wir keine Antworten. Er konnte es offensichtlich nicht. Und gerade von ihm hatten wir das erwartet. Er war nach dem Statut des MfS die uneingeschränkte Autorität. Die Unzufriedenheit unter den Leitern und dem Mitarbeiterbestand nahm zu.

Es wurde offensichtlich versäumt, einen Generationswechsel im MfS zu vollziehen. Mielke selbst war bekanntlich bereits über 80 Jahre alt. Wir verfügten über hoch ausgebildete Mitarbeiter und Leiter, die differenziertere Sichtweisen auf die Entwicklung hatten. Es mag hart klingen, die Gründergeneration in Partei, Gesellschaft und auch im MfS war überfordert.

Ihr Weltbild brach zusammen. Sie haben nicht berücksichtigt, dass sich auch für sie neue Herausforderungen ergeben haben. Die Welt hatte sich weitergedreht und in der DDR war eine neue, selbstbewusste und gebildete Generation herangewachsen, die immer mehr Fragen stellte - jedoch unbefriedigende oder keine Antworten erhielt. Der fehlende Dialog, auch und gerade mit „Andersdenkenden“ erwies sich als eine gravierende Fehleinschätzung der Lage.

Über Jahrzehnte hielten verdienstvolle Genossen mit dem Tempo dieser Entwicklung nicht mehr Schritt. Es passte nicht in ihr Weltbild, dass Teile unserer Bevölkerung auf die Straße gingen und uns wissen ließen, wir wollen euch nicht mehr. Menschen, die uns noch vor Monaten zugejubelt haben, so wie ich es wiederholt bei Besuchen Honeckers in Karl-Marx-Stadt erlebt habe.

Auf die Mitarbeiter des MfS, insbesondere in den Kreisdienststellen und in den Bezirksverwaltungen rollten Ereignisse zu, auf die wir konzeptionell und mental nicht

vorbereitet waren. Es wird wohl ein einmaliger Akt in der Geschichte bleiben, dass Dienststellen eines Sicherheitsorgans in einem noch souveränen Staat DDR besetzt wurden, ohne dass dem seitens der Partei- und militärischen Führung konsequent Einhalt geboten wurde. Und das setzte sich bis zum 15. Januar 1990 fort, als Demonstranten in Berlin in das Hauptgebäude des MfS strömten.

Es ist den Mitarbeitern des MfS hoch anzurechnen, dass sie in dieser Zeit die Nerven behielten und sich als Humanisten erwiesen. Sie schossen nicht auf die eigene Bevölkerung, deren Teil sie und ihre Familien ja selbst waren. Durch Ihre Besonnenheit wurden auch mögliche Ausschreitungen durch Demonstranten verhindert.

Ca. 85.000 Mitarbeiter des MfS wurden entlassen, darunter 16.000 Angehörige des Wachregiments und 13.000 Mitarbeiter aus sicherstellenden Bereichen. Ihre Entlassung erfolgte in eine für sie und ihre Familien unsichere Zukunft. Es war ein unwürdiger und deprimierender Akt. Tausende und abertausende Lebensläufe wurden zerstört. Mitarbeiter des MfS gewesen zu sein, ist auch heute nach 30 Jahren noch ein Kainsmal.

Inoffizielle Mitarbeiter, die letztendlich ihren Verfassungsauftrag erfüllten, traf es noch viel härter. Auch sie verloren Existenzen, Freunde, Bekannte und Verwandte.

Kundschafter des Friedens wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Wir haben diese Menschen nicht geschützt, so wie es unsere moralische Pflicht, unser Klassenauftrag gewesen wäre.

Und dafür bitten wir heute, an unserem Jahrestag, um Entschuldigung.

Jeweils am 8. Februar wurden Mitarbeiter des MfS mit Orden, Ehrenzeichen, Prämien und Beförderungen für ihre Leistungen geehrt. Unsere Erwidern auf die Glückwünsche — „Wir dienen der Deutschen Demokratischen Republik“.

Und dazu sollten wir noch heute stehen bei, aller Kritik und Selbstkritik. Durch unsere Tätigkeit haben wir wesentlich dazu beigetragen, dass eine stabile DDR 40 Jahre ein Garant für Frieden in Europa war. Durch unsere Arbeit haben wir westlichen Diensten empfindliche Schläge und Niederlagen zugefügt. Hunderte Spione westlicher Geheimdienste wurden enttarnt, Nazi- und Kriegsverbrecher erhielten ihre gerechte Strafe, Terroranschläge wurden aufgeklärt oder vereitelt. Wir haben das Leben und die Unversehrtheit unserer Menschen geschützt, das, was heute von Vielen schmerzlich vermisst wird. Unsere Kundschafter in den Zentralen des Gegners erarbeiteten wertvolle Informationen, die für das Gleichgewicht der Kräfte bedeutsam waren.

Wir sind stets ein zuverlässiger Partner und Verbündeter der Sowjetunion und der Tschechen gewesen. Darauf können wir heute am 70sten Jahrestag des MfS stolz sein. Unser Gedenken gilt insbesondere auch den verstorbenen Angehörigen. Künftige Generationen werden Geschichte schreiben, wie sie im historischen Kontext sauber und wissenschaftlich fundiert ist. Wir hinterlassen diesen Generationen unsere Gedanken, unser Wissen und unsere Erfahrungen. Wir hinterlassen ihnen aber auch unsere Fehler, zu denen wir stehen sollten. Auf dass sie es einmal besser machen.

Ich bin auch heute noch stolz darauf, 28 Jahre meinen Dienst im Ministerium für Staatssicherheit geleistet zu haben. Dafür muss ich mich nicht schämen. Dieser aufrechte Gang sollte uns immer auszeichnen.

Beitrag der Genossin Doris Pumphrey, Kundschafterin für den Frieden



Liebe Mitstreiter,

Ich wurde gebeten, zum heutigen Anlass etwas zum Friedenskampf zu sagen, über den George und ich zur DDR kamen und in dem wir heute noch aktiv sind.

Zunächst wollte ich die Gelegenheit nutzen, um der GRH, auch im Namen von George, für Eure so wertvolle und unermüdliche Arbeit zu danken. Ihr habt Euch von der bundesdeutschen Inquisition nicht einschüchtern lassen, habt die GRH gegründet und gegen die massenhafte politische Strafverfolgung gekämpft und kämpft weiter gegen die Diffamierung der DDR.

Lieber Werner, liebe Genossen der HVA: Wir danken Euch, dass Ihr uns vor jenen vielen Jahren die Möglichkeit gegeben hattet, an Eurer Seite einen bescheidenen Beitrag im gemeinsamen Kampf für den Frieden zu leisten. Danke auch für Euren Einsatz und Hilfe für die Kundschafter, wo immer es Euch - nach dem Zusammenbruch - noch möglich war.

So sehr sich die Revisionisten und Antikommunisten auch bemühen: Niemand wird aus der Geschichte die Tatsache tilgen können, dass es dieses andere Deutschland gab, den antifaschistischen und friedensfördernden Staat DDR.

Auch wenn der Schwur der Überlebenden von Buchenwald "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" nach dem Anschluss der DDR als Parole an der heutigen Realität vorbeigeht – da Deutschland längst wieder in Kriege verwickelt ist: er wurde von der DDR gelebt. Dafür trat sie ein. Dafür und für ihre antiimperialistische Solidarität wurde sie international geschätzt.

In den 70er Jahren, nach unserer Flucht aus den USA, erfuhren George und ich durch unsere mannigfaltigen Kontakte zu Befreiungsbewegungen, die in Paris vertreten waren, von der großen Solidarität, die diese besonders auch von der DDR erhielten.

In den großen Kämpfen der damaligen Zeit – gegen den Vietnamkrieg, im Kampf um die Befreiung von kolonialer Unterdrückung, gegen die Apartheid in Afrika wie gegen den Rassismus in den USA – immer befand sich die BRD auf der Seite der Ausbeuter, der Rassisten und Aggressoren und die DDR auf der Seite der kämpfenden Völker und progressiven Bewegungen.

In den 80er Jahren entwickelte sich der Friedenskampf als Antwort auf den NATO-Doppelbeschluss zur Stationierung der nuklearen US-Erstschlagwaffen, die eine „Enthauptung“ der Sowjetunion und einen „begrenzten Atomkrieg“ in Europa ermöglichen sollten. Durch unsere Informationsarbeit in Frankreich über den Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluss kamen wir auch in Kontakt mit der DDR und ihren Vorschlägen zur Abrüstung und Eindämmung der Atomkriegsgefahr, die allesamt von Bonn unbeantwortet blieben.

In der Bundesrepublik begann eine bisher einzigartige Kampagne der Aufklärung und Mobilisierung, in der ab November 1980 der "Krefelder Appell" eine zentrale Rolle spielte. Er forderte die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluss zurückzuziehen und sich in der NATO für die Beendigung des atomaren Wettrüstens einzusetzen. Mit dem Krefelder Appell war es gelungen, politische und ideologische Meinungsverschiedenheiten der unterschiedlichen Kräfte zurückzustellen und einen Konsens zu finden.

Wie zu erwarten, versuchten Regierung und Medien mit ihrer Kalten-Kriegs-Propaganda die Friedensbewegung zu diskreditieren: Sie sei "von Moskau und Berlin gelenkt". Ein ziemlich entlarvender Vorwurf, denn jene, die ihn äußerten, bestätigten damit indirekt, dass Frieden und Abrüstung im Interesse Moskaus und Berlins waren.

Es gab natürlich auch Versuche, die Friedensbewegung zu schwächen und zu spalten. Z.B. durch die Gründung der European Nuclear Disarmament (END), die nicht nur die gleiche Schuld und Verantwortung von NATO und Warschauer Vertrag propagierte, sondern vor allem in ihren Aktivitäten – unter dem Deckmantel des Friedenskampfes – die Opposition in den sozialistischen Ländern antreiben wollte. Dies entsprach natürlich auch dem Antikommunismus großer Teile der damals gegründeten Grünen Partei und anderer Kreise der bundesdeutschen Friedensbewegung.

Trotz aller Hetze und Spaltungsversuche wurde der Krefelder Appell zum wirkungsvollsten Manifest der bundesdeutschen Friedensbewegung. Gruppen und Persönlichkeiten aus vielen gesellschaftlichen Bereichen unterstützten die Krefelder Initiative, berufsbezogene Friedensinitiativen wurden gegründet, in Stadt und Land wurde mit dem Appell aufgeklärt und mobilisiert. Massendemonstrationen und riesige Veranstaltungen der "Künstler für den Frieden" folgten.

Der Krefelder Appell wurde von fast 5 Millionen Menschen unterschrieben – und das ohne Internet, sondern in direktem Kontakt mit den Menschen. Umfragen zeigten, dass sich die große Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik, egal welcher Parteienpräferenz, gegen die Stationierung der neuen US-Atomraketen aussprach.

Im November 1983 stimmte der Bundestag mit knapper Mehrheit für die Stationierung. Trotz dieses Rückschlags: Diese Friedensbewegung hatte die Bundesrepublik nachhaltig geprägt. Das wirkt sich – zum Leidwesen der Herrschenden – in der Einstellung auch der Bürger der alten Bundesrepublik bis heute aus.

Die DDR stand in ihrer Außen- und Friedenspolitik auf Seiten der Friedensbewegung. Mit ihrem Ende und dem Ende des Warschauer Vertrages endete auch die militärische Zurückhaltung der Bundesrepublik.

Ausgerechnet die als Friedenspartei angetretene und von der Friedensbewegung profitierende Grüne Partei – mit ihrem inzwischen in der Koalition mit der SPD zum

Außenminister aufgestiegenen Joseph Fischer – wurde zum Steigbügelhalter des ersten Aggressionskrieges auf europäischem Boden nach dem 2. Weltkrieg. Aus „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ wurde 1999 „Nie wieder Auschwitz“ als perfider Vorwand für Deutschlands Beteiligung am Krieg der NATO gegen Jugoslawien.

Mit der Bombardierung Jugoslawiens feierte die NATO ihren 50. Geburtstag. Nach der Auflösung des Warschauer Vertrages 1991 und auch wegen der damaligen Schwäche Russlands, konnte sich die NATO ungehindert als global operierendes Aggressionsbündnis beweisen. Meist dabei auch die Bundesrepublik, sei es direkt oder indirekt.

Die Reduzierung der faschistischen Verbrechen auf den Völkermord an Juden sollte die Aggression Nazideutschlands gegen andere Länder, deren Ausplünderung und Besatzung vergessen machen und die Beteiligung an neuen völkerrechtswidrigen Interventionen und militärischen Aggressionen rechtfertigen.

Letzte Woche erst erklärte auch Außenminister Maas "Nie wieder Auschwitz" sei die Leitlinie der deutschen Außenpolitik in ihrem Einsatz für "Menschenrechte".

Die NATO hatte mit der Aggression gegen Jugoslawien ein neues Mantra erfunden: Die "Humanitäre Intervention" für "Menschenrechte" und "Demokratie" dient seitdem der Rechtfertigung völkerrechtswidriger Subversionen und Aggressionen gegen Länder, die sich dem Diktat des NATO-Westens nicht unterordnen.

Das immer gleiche Propaganda-Drehbuch dient der moralischen Zustimmung der eigenen Bevölkerung und der Dämonisierung der unbotmäßigen Regierungen: NATO-Geheimdienste; Stiftungen und NGOs unterstützen propagandistisch und materiell oppositionelle Kräfte, latente Konflikte werden bis zu Gewalttätigkeiten geschürt, das jeweilige Staatsoberhaupt zum "Diktator" erklärt, zum "neuen Hitler", gegen den schließlich mit allen Mitteln vorgegangen werden müsse.

Die Lügen und Fake-News, die in diesem Drehbuch eingesetzt und mit Hilfe westlicher Medien, vieler NGOs und sog. sozialer Medien verbreitet werden, wirken auch immer wieder auf Kreise der Friedensbewegung. Das zeigt sich bis heute an der Schwäche der Friedensbewegung bei der Mobilisierung gegen die völkerrechtswidrigen Interventionen und Sanktionen – von Jugoslawien bis Syrien.

Die Entwicklungen in der Ukraine – nach dem vom NATO-Westen unterstützen Coup d'Etat in Kiew – brachte für die Friedensbewegung neue Probleme. Die massiv einsetzende anti-russische Hysterie hatte natürlich größere Auswirkung auf Westdeutsche und Westberliner, die noch von der Kalten-Kriegs-Propaganda beeinflusst waren.

Sie wirkte einschüchtern und lähmend auch auf viele in der Friedensbewegung, die Angst hatten als "Russland-Freunde" oder "Putin-Versteher" gebrandmarkt zu werden. Sie hatten Angst gegen die Lügen und Hysterie eindeutig Stellung zu beziehen und zogen sich zurück auf die bequeme und opportunistische Haltung der sog. Äquidistanz.

Doch in der Bevölkerung wuchs die Furcht vor einem Krieg gegen Russland und im Frühjahr 2014 gingen Tausende in vielen Städten zu Mahnwachen für den Frieden.

Die Herrschenden witterten eine Gefahr: Wenn die Mobilisierung der neu entstandenen Mahnwachen zu gemeinsamen Antikriegsaktionen mit der traditionellen Friedensbewegung führt, könnte eine mächtige Friedensbewegung entstehen. Das musste unter allen Umständen verhindert werden.

Eine niederträchtige Kampagne wurde in Gang gesetzt, um die Mahnwachen – eine politisch unerfahrene Bewegung mit z.T. diffusen Vorstellungen – als "rechts" zu diffamieren. Statt ihre eigenen Erfahrungen bei den Mahnwachen einzubringen, beteiligten sich nicht wenige aus linken und friedenspolitischen Reihen aktiv an der Hetze gegen die Mahnwachen. Mit dem verheerenden Ergebnis, dass viele der Mobilisierten sich schließlich zurückzogen, weil sie nicht als "Rechte" oder "Nazis" beschimpft werden wollten.

Damit wurde eine Chance zur Erweiterung und Stärkung der Friedensbewegung vergeben – ganz im Interesse der NATO-Kriegstreiber.

Die Strukturen der organisierten Friedensbewegung mit ihren engagierten Mitstreitern existieren weiter. Neue Initiativen sind hinzugekommen. Viel Kleinarbeit wird vor Ort geleistet. Gemeinsame Kampagnen werden organisiert, wie z.B. jene gegen die Erhöhung der Rüstungsausgaben, gegen den US-Militärstützpunkt Ramstein, die US-Atomwaffen in Büchel, oder Ostermärsche mit den jeweils aktuellen Bezügen.

Gegenwärtig konzentrieren sich viele Initiativen auf Aktivitäten gegen das NATO-Manöver "Defender 2020" und seinen Truppen- und Materialtransport durch Deutschland bis zur russischen Grenze. Rund um den 75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg ist dieses Manöver eine ungeheure Provokation gegen Russland. Es ist auch eine Provokation gegenüber den Menschen auf dem ehemaligen Territorium des Friedenstaates DDR, der mit der Sowjetunion bzw. Russland eng verbunden war.

Hauptkontrahenten in den gegenwärtigen internationalen Auseinandersetzungen sind die USA/NATO und Russland: Die NATO, die als global agierendes Aggressionsbündnis das völkerrechtliche Prinzip der nationalen Souveränität verletzt und Russland, das sich in allen Konflikten für seine Respektierung einsetzt.

Um wirkmächtiger zu werden, muss in der Friedensbewegung diesbezüglich immer wieder für eine konsequente Positionierung gestritten werden: GEGEN die Dämonisierung von Staatsoberhäuptern, die sich dem NATO-Westen widersetzen, gegen die völkerrechtswidrige Sanktionspolitik und FÜR die Respektierung der nationalen Souveränität und souveränen Gleichheit aller Staaten, der Grundlage des Völkerrechts.

Russland bedroht niemanden und hat keinerlei Interesse an einem Krieg mit der NATO. Die deutsche Friedensbewegung steht in der Pflicht, offensiv Stellung zu nehmen: GEGEN Geschichtsrevisionismus, anti-russische Hysterie und politische und militärische Eskalation des NATO-Westens – FÜR Verständigung und Freundschaft mit Russland.

Ich danke euch

Beitrag des Genossen Karl Rehbaum, Mitglied des Vorstandes der GRH und Leiter der Arbeitsgruppe Aufklärer



Der 70. Jahrestag der Gründung des MfS ist Anlass zum Rückblick und vor allem Auftrag, uns mit Verleumdungen, Hetze, Diskriminierung, Benachteiligungen etc. auseinanderzusetzen.

Mein Vortrag beinhaltet einige Gedanken zur erfolgreichem Arbeit der HV A, insbesondere der Tätigkeit zur Aufklärung der NATO. Von meinen 35 Dienstjahren war ich 25 mit der Arbeit gegen die NATO befasst.

Vor kurzem erklärte der NATO – Generalsekretär Stoltenberg:

„Die NATO ist eine defensive Allianz und tut nichts, was in irgendwelcher Art und Weise einen anderen Staat bedroht.“

Die Erklärung des NATO – Gipfeltreffens vom 4.12.2019 beinhaltet eine fast identische Formulierung. Man wolle auch an den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen festhalten. Genug des Desinformation; denn die praktische Politik ist seit der Gründung der NATO genau das Gegenteil.

In der Zeit der Blockkonfrontation war die Erkundung der Pläne und Absichten der NATO einer der Schwerpunkte der HV A. Hier eine stark gekürzte Bilanz:

Wir waren ab Mitte der 60er Jahre mit zeitweilig bis zu 4 Quellen in den Führungsgremien der NATO aktiv und gut aufgestellt. Wir stellten fest, dass die NATO zu jedem Zeitpunkt ein aggressiver Militärpakt war, allerdings gebremst durch das annähernde militär-strategische Kräftegleichgewicht zwischen der NATO und Warschauer Vertrag. Bei der NATO deutlich ablesbar an der Veränderung ihrer Strategie von der Massiven Vergeltung zur Flexiblen Reaktion.

Wir hatten eine nahezu vollständige Kenntnis der Pläne und Absichten der NATO. Die Ratstagungen und die des Verteidigungs-Planungs-Ausschusses (DPC), die Szenarien der Kdo.-Stabsübungen Wintex-Cimes und Hilex waren für uns keine Geheimnisse.

Wir kannten das Long Term Defense Programm (LTDP), die Ost-West-Studie, die Kenntnisse der NATO über den Warschauer Vertrag (MC 161) und aktuell die eingehenden Geheimdienst – Informationen.

Mit diesen Informationen haben wir zweifellos, obwohl es gegenteilige Behauptungen gibt, einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens und zur Reduzierung von akuten Spannungen / Krisen geleistet. Unser Auftrag war die Beschaffung und unmittelbare Auswertung der geheimen NATO – Unterlagen. Die Politik hätte daraus Schlussfolgerungen und konkrete Aufgaben ableiten müssen. Nach unserer Kenntnis geschah dies nur gelegentlich und nicht in dem Umfang, wie es wirksam und möglich gewesen wäre. Eine Ausnahme bilden hier die Militärs des Warschauer Vertrages.

Die Ost-West-Studie als Beispiel:

In der Studie waren Aussagen darüber, unter welchen Voraussetzungen ein Umsturz in den einzelnen Staaten des WP Erfolg haben könnte, Beispiel VR Polen:

- eine starke oppositionelle Gewerkschaft
- schlechte Lebensverhältnisse
- starke katholische Kirche mit Einfluss
- schwache, unzulängliche Staatsmacht

Die 80er Jahre bestätigten diese Einschätzung.

Ein 2. Beispiel, die Übung „Able Archer“:

Eine jährliche Übung zur Freigabe von Atomwaffen. Die sowjetische Führung war auf Grund von Veränderungen in der Vorbereitung der Übung der Auffassung, dass ein Krieg der NATO gegen den WP unmittelbar bevorstand. Wir hatten gegenteilige Informationen, konnten aber nur schwer die sowjetische Führung von der Richtigkeit dieser überzeugen.

Ich bin immer noch der Meinung, dass das politische reagieren auf hoher Ebene auf die Inhalte unserer Informationen völlig unzureichend war. Die maßgeblichen Politiker haben entweder die Informationen

- nicht gelesen oder
- nicht verstanden oder
- es durfte nicht so sein oder
- sie sind der Bündnistreue zum Opfer gefallen.

Wenden wir uns der Zeit nach der Konterrevolution zu. Gorbatschow und Bush sen. haben sich bekanntlich 1990 in Malta getroffen. Gorbatschow zog im Ergebnis dieses Treffens die völlig falsche Schlussfolgerung, dass der Kalte Krieg beendet sei. Der Kalte Krieg fand aber kein Ende, er wurde kontinuierlich fortgesetzt und wird seit geraumer Zeit intensiviert. Die aus der Zeit vor 1990 bekannte Bedrohungslüge hat eine neue Qualität, die Hochrüstung in Größenordnungen floriert, die Russophobie ist tägliches Thema in den Medien und die Provokationen an die Adresse Russlands, neuerdings auch Chinas, nehmen zu.

Die Schlussfolgerung von Bush: Er kreierte die Strategie einer „Neuen Weltordnung“ (Wolfowitz Doktrin).

Zitat:

Amerikas politische und militärische Mission besteht darin zu gewährleisten, dass sich in Westeuropa, Asien und auf dem Gebiet der ehem. SU keine rivalisierende Supermacht herausbilden kann,“

Die praktische Verwirklichung:

Ausweitung der psychologischen Kriegführung, Ignorierung des Völkerrechtes, verstärkte Nuklearplanung, Osterweiterung, Embargopolitik, Hochrüstung und Stellvertreterkriege. Die NATO – Militär – und Rüstungsausgaben 957 Mrd. Dollar, dies sind 75 % der weltweiten Ausgaben.

Nun gibt es zwar den Russland – NATO Rat seit 1997, gedacht auch zur Konsultation in Krisenzeit. Hier hat nach dem Krieg in Südossetien die NATO ihr Interesse an Gesprächen eingeschränkt und nach der Krim diese eingestellt. Wollen wir hoffen, dass unsere ehem. Waffenbrüder der GRU bzw. vom SWR die gesellschaftlichen Veränderungen in Osteuropa und den Beitritt dieser Staaten zur NATO nutzen konnten, um Quellenpositionen zu schaffen.

Neben dem Russland-NATO-Rat gibt es noch andere Vereinbarungen der NATO zum Zwecke der Einflussnahme. So den Mittelmeer -Dialog, ein Vertrag der Zusammenarbeit mit Staaten in Nordafrika. Außerdem die Istanbuler Kooperations-Initiative, eine ebensolche Vereinbarung mit den Emiraten. Beide Vereinbarungen wurden durch die NATO selbst mit den Nahost-Kriegen im erheblichen Maße ad absurdum geführt.

Die Politik der NATO gegenüber Russland geht immer stärker in Richtung einer politischen und militärischen Konfrontation, siehe das Manöver „Defender Europa 2020“. Die Zeit erlaubt es nicht, hier auf Einzelheiten einzugehen. Nur soviel: Deutschland ist logistische Drehscheibe und am stärksten beansprucht. 14 See – Flughäfen werden einbezogen, außer Ramstein alle zivil. Einzelheiten sind den Veröffentlichungen der verschiedenen Initiativgruppen gegen Defender zu entnehmen. Wir sind aufgerufen, uns aktiv an den Protesten zu beteiligen. Während des Großmanövers finden zahlreiche kleinere statt. So in Grafenwöhr und Hohenfels, Luftlandmanöver in Georgien und im Baltikum, Seemanöver in der Ostsee usw. Dies als geschichtsvergessen zu bezeichnen, ist eine Verharmlosung. Dieses Manöver zum 75. Jahrestag des Sieges über den Faschismus durchzuführen, ist als Provokation kaum noch zu überbieten. Defender erinnert an die von 1967 bis 1993 durchgeführten Verlegemanöver Reforger. Dabei erfolgte die Verlegung von Soldaten der US-Army im Umfang von bis zu 100 000 Mann. Mit dem Manöver sind aber die Aktivitäten der NATO gegen Russland nicht erschöpft.

Hier eine unvollständige Aufzählung:

Aufbau von Lager für schweres Gerät, Aufbau von 3 Heeresdivisionen in Deutschland, NATO Kdo Ostsee in Warnemünde und Schwarzes Meer Kdo. in Bulgarien. Bau eines Kriegshafens an der Mündung des Bug, Vertrag von Montreux soll revidiert werden. Dieser völkerrechtliche Vertrag von 1936 gibt der Türkei die Souveränität über das Mararameer, die Dardanellen und den Bosphorus. Er regelt, dass Militärschiffe von Nichtanrainern des Schwarzen Meeres Beschränkungen haben, Beschränkungen hinsichtlich der Tonnage und des Aufenthaltes im Schwarzen Meer, U-Booten und Flugzeugträgern ist die Durchfahrt untersagt. Das Weltall wird zum Operationsgebiet erklärt, Nord-Mazedonien wird Mitglied der NATO, 4 weitere Staaten (Georgien, Ukraine, Finnland und Schweden) stehen auf der Wunschliste, eine schnelle Eingreiftruppe im Rahmen der Initiative 4 x 30 (30 Bataillone, 30 Flugzeugstaffeln, 30 Kriegsschiffe und Einsatzbereitschaft in 30 Tagen) steht kurz vor der Vollendung, die Vorwarnzeit verkürzt sich extrem usw..

Es gibt keine logische Begründung, weshalb die USA in Deutschland die wichtigsten militärischen Kdo. außerhalb ihres Territoriums unterhält, außer für verbrecherische Kriege. Da ohne Deutschland Kriege im Nahen Osten, auch in Osteuropa, nicht möglich sind, wäre es notwendig, dass die Friedensbewegung sich auf drei Schwerpunkte konzentriert.

1. Abzug der Atomwaffen aus Deutschland

Deutschland ist Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages, ist aber in die nukleare Teilhabe innerhalb der NATO einbezogen. Die Atombomben vom Typ B 61 1-4 werden zum Typ B 61 -12 erneuert. Es entsteht eine völlig neue Waffe. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung Merkel – Westerwelle (2009 – 2013) war enthalten „Abzug der Atomwaffen aus Deutschland“. Heute behauptet die Merkel, dass dies nicht allein möglich sei, sondern nur wenn alle beteiligten Länder mitmachen würden. Eine mehr als primitive Ausrede.

2. Kündigung des Stationierungsvertrages mit den USA

3. Austritt zumindest aus der militärischen Integration der NATO (hier fehlen aber in Deutschland Politiker des Formats von De Gaulle).

Granaten-USchi von der Leyen unterstrich die Aggressivität auch der Bundesregierung auf der Sicherheitskonferenz in München 2019, indem sie sagte, dass die Wiederkehr großer Mächte das prägende Merkmal sei. Dafür müssten sich Deutschland und die NATO rüsten, ohne dabei die globalen Interventionsansprüche fallen zu lassen.

Es bleibt also viel zu tun. Ich möchte mit einen abgewandelten Ausspruch von meinem Freund und Genossen R. Rupp beenden, der lautet:

Früher waren wir Aufklärer, heute klären wir auf!

Schlusswort des Vorsitzenden der GRH, Genossen Hans Bauer

"Eine Revolution ist nur dann etwas wert, wenn sie sich zu verteidigen versteht". Viele von uns kennen diese Feststellung Lenins. Sie gilt unverändert.

Vierzig Jahre haben wir unsere Revolution unter allen Bedingungen verteidigt. Das MfS stand hierbei an vorderster Stelle. Seit dreißig Jahren existiert die DDR nicht mehr. Dafür gibt es viele Gründe. Aber die Verteidigung unserer sozialistischen Revolution, unseres Staates, ist für uns weiterhin Verpflichtung und Herzensbedürfnis.

Heute verteidigen wir die DDR aus einer anderen Position, gegen Kriminalisierung, Verfälschung, Verleumdung. Nicht nur der Vergangenheit wegen, sondern weil die sozialistische DDR in vielen Bereichen den Weg in ein friedliches, gerechtes und soziales Deutschland weist. Der GRH bleibt dieses Anliegen weiterhin Verpflichtung.

Ich danke allen, die unserer Einladung gefolgt sind und besonders jenen, die hier das Wort ergriffen haben. Dank an die AG Sicherheit und Aufklärung, die die Initiative zu diesem Kolloquium ergriffen haben.

Unser Dank gilt insbesondere auch jenen, die nicht dem MfS angehörten, aber Teilnehmer dieser Veranstaltung waren. Sie bekundeten damit ihre enge Solidarität und Verbundenheit mit dem MfS. Ein solches Bekenntnis erfordert heutzutage Klarheit und Mut.

Liebe Genossinnen und Genossen, Euch und Euern Familien alles Gute. Bleibt kämpferisch und revolutionär.





A n h a n g

„Junge Welt“, Gespräch Frank Schumann mit Dr. Reinhard Grimmer, Karl Rehbaum und Wolfgang Schmidt, veröffentlicht am 08.02.2020

Am 8. Februar vor siebzig Jahren wurde das MfS gegründet. Werden Sie den Tag so begehen, wie im Oktober 2019 der 70. Geburtstag der DDR gefeiert wurde?

Schmidt: Keine große Feier, aber ein Kolloquium. Wir werden u. a. gemeinsam daran erinnern, dass an jenem Tag der DDR-Innenminister Carl Steinhoff – bis zur Gründung der DDR demokratisch gewählter Ministerpräsident des Landes Brandenburg – im Parlament das Gesetz begründete. Es war kurz und hatte nur zwei Paragraphen: „1. Die bisher dem Ministerium des Innern unterstellte Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft wird zu einem selbständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet. Das Gesetz vom 7. Oktober 1949 über die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird entsprechend geändert. 2. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.“ Mehr nicht.

Grimmer: Wilhelm Zaisser, Spanienkämpfer mit dem Decknamen „General Gomez“, wurde Minister, Erich Mielke sein Stellvertreter im Range eines Staatssekretärs. Der ehemalige Spanienkämpfer („Fritz Leissner“) war bis dahin Generalinspekteur der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft.

Rehbaum: Die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) wurde erst später als Außenpolitischer Nachrichtendienst gebildet, erster Chef war Anton Ackermann. Im Dezember 1952 übernahm Markus Wolf die Leitung.

Wie begründete Innenminister Steinhoff, ein ehemaliger Sozialdemokrat, die Bildung dieses Ministeriums?

Grimmer: Es gab eine Vielzahl von Terroranschlägen, militanter Angriffe auf staatliche Einrichtungen, Spionage und Sabotage in der Wirtschaft. Vergessen wir nicht: Weltkrieg und Nazidiktatur waren keine fünf Jahre vorüber, Deutschland geteilt und Schlachtfeld des Kalten Krieges. Steinhoff sagte: „Die hauptsächlichen Aufgaben dieses Ministeriums werden sein, die volkseigenen Betriebe und Werke, das Verkehrswesen und die volkseigenen Güter vor Anschlägen verbrecherischer Elemente sowie gegen alle Angriffe zu schützen, einen entschiedenen Kampf gegen die Tätigkeit feindlicher Agenturen, Diversanten, Saboteure und Spione zu führen, unsere demokratische Entwicklung zu schützen und unserer demokratischen Friedenswirtschaft eine ungestörte Erfüllung der Wirtschaftspläne zu sichern. Zur Durchführung dieser Aufgaben bildet das Ministerium in den Ländern Verwaltungen für Staatssicherheit, die dem Ministerium untermittelbar unterstellt sein werden.“ Und so ist es dann auch geschehen.

Rehbaum: Das Gesetz wurde einstimmig angenommen.

Schmidt: Um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen: Wir haben keinen Grund zum Feiern. Es ist ein Tag der Erinnerung.

Und wer erinnert sich da?

Schmidt: Es gibt in der GRH, das ist die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V., zwei Arbeitsgruppen – die AG Sicherheit und die AG Kundschafter. In diesem Kreis kommen regelmäßig ehemalige Mitarbeiter zusammen. Wir tauschen uns zu bestimmten aktuellen Ereignissen aus, bereiten Publikationen vor, organisieren Buchvorstellungen und andere Veranstaltungen ... Es gibt vielleicht ein halbes Hundert Aktivisten. Dann engagieren sich ehemalige Angehörige des MfS auch

bei der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR e. V.) und ähnlichen Organisationen und Gruppen.

Grimmer: Aber wie überall lichten sich auch unsere Reihen. Von den zwanzig Autoren zum Beispiel, die um die Jahrtausendwende den Zweibänder „Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS“ erarbeiteten, haben wir bereits mehr als die Hälfte verloren.

Ist das eine Erklärung dafür, dass es vergleichsweise ruhig ums MfS geworden ist?

Rehbaum: Wenn ich ins Fernsehen und in die Programmillustrierten schaue, habe ich ganz und gar nicht diesen Eindruck. Selbst in Gegenwartsfilmern findet man oft einen konstruierten, abstrusen Stasi-Bezug. Vornehmlich in den Dritten Programmen wiederholen sie immer wieder Dokumentar- und Spielfilme mit MfS-Themen, die zudem vorzugsweise beworben werden.

Schmidt: Die „Aufreger“ nehmen in der Tat ab. Das Thema „Stasi“ ist ziemlich ausgelutscht. Der letzte „Skandal“ war die Enttarnung des neuen Eigentümers der *Berliner Zeitung*. Wobei wohl weniger dessen kurzzeitige IM-Tätigkeit in der NVA für die gewohnt hysterische Schnappatmung sorgte, sondern die Tatsache, dass er für Egon Krenz freundliche Worte fand und diesem dafür dankte, im Herbst 1989 für Gewaltlosigkeit in der DDR gesorgt zu haben. Die „Aufarbeiter“ müssen sich zunehmend selber Anlässe schaffen, um sich ins Gespräch zu bringen. Solche wie etwa der jüngste Vorschlag von BStU-Chef Roland Jahn, eine Kennzeichnung der Dokortitel vorzunehmen.

Grimmer: Also weil sie uns den Dokortitel nicht aberkennen können, sollten wir als „Doktor der Stasi“ gekennzeichnet werden. „Das wäre dann echte Transparenz“, begründete Jahn seinen Vorschlag gegenüber der *dpa*. An der Juristischen Hochschule in Potsdam-Eiche seien 174 Promotionen erfolgt, an denen 485 Autoren beteiligt waren.

Von denen vermutlich auch schon mehr als die Hälfte tot ist ... Grandiose Idee. Was ist mit dem Datenschutz? Wie ich hörte, waren Sie drei sowie der Vorsitzende der GRH, Hans Bauer, bei Jahn zum Gespräch in der Bundesbehörde.

Schmidt: Nicht wegen der Titelei. Diesen Vorschlag platzierte Jahn geschickt in die nachrichtenarme Zeit zwischen Weihnachten und Silvester 2019. Da lag allerdings, was sich der Medienprofi eigentlich hätte denken können, der Calauer auf der Zunge: eine Schnapsidee. Aber immerhin: Jahn hatte mal wieder Presse.

Grimmer: Wir vier hatten ihm bereits im Juni 2018 geschrieben und 21 Fragen zur Arbeit der BStU gestellt. Diese Fragen schickten wir auch an über zweihundert Personen, darunter an Staatsministerin Monika Grütters, an Ausschussvorsitzende im Bundestag und Chefs von Aufarbeitungs- und Erinnerungsindustrie sowie Zeitungsredaktionen. Die Reaktion war null. Lediglich die *junge Welt* griff die Fragen auf. Die anderen hatten inzwischen die Ignoranz als schärfste Waffe in der Auseinandersetzung mit uns erkannt.

Was waren das für Fragen?

Grimmer: Wir wollten Auskünfte zum Selbstverständnis der Behörde. Zum Beispiel erhielt die Ludwigsburger „Zentralstelle für die Aufklärung der NS-Verbrechen“ in den 31 Jahren ihrer Existenz so viel Geld, wie die BStU in nur vier Monaten verbraucht. Wie man dieses merkwürdige Ungleichgewicht beurteile und erkläre, fragten wir. Oder warum nie Richtigstellungen erfolgten, wenn öffentlich erhobene Anschuldigungen

gegen ehemalige Mitarbeiter des MfS oder krude Behauptungen sich als nachweislich falsch herausstellten. Wir stellten auch rhetorische Fragen wie die nach der Öffnung der Archive westdeutscher Geheimdienste, was wir mit Hinweis auf Hans Modrow und dessen erfolgreiche Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht begründeten. Modrow war seit den fünfziger Jahren bis 2012 von BND und Verfassungsschutz ununterbrochen bespitzelt worden. In der Verhandlung in Leipzig verschwiegen die BND-Vertreter zum Beispiel den Namen eines in den frühen sechziger Jahren verstorbenen V-Mannes mit Hinweis auf den Datenschutz. Der auf Modrow angesetzte Mann habe schließlich Kinder und Kindeskind, die geschützt werden müssten. Bei Namen und Biografien von Ostdeutschen, die auf die eine oder andere Art mit dem MfS zu tun hatten, übt man solche Zurückhaltung nicht. Diese Personen stellt man nach wie vor ungeschützt an den Pranger. Haben sie etwa keine Angehörigen? ... Solche Fragen stellten wir. Die Antwort: Schweigen im Walde.

Schmidt: Dann kam die telefonische Einladung aus der BStU, womit natürlich signalisiert wurde, dass man unsere Fragen auch nicht zu beantworten gedachte und mit einem Kaffee-Plausch die Sache aus der Welt schaffen wollte.

Rehbaum: Mir stieß besonders in die Nase, dass sich Jahn geradezu anboterte. In seiner Jugend sei er ja auch mal links gewesen. Und dass er mit Hans Modrow im Gespräch sei wegen dessen Akten. Dass er immer für ein Gespräch offen wäre, er rede lieber miteinander statt übereinander.

Worüber wurde denn im Einzelnen gesprochen?

Rehbaum: Im Wesentlichen sprach nur einer. Wir hörten zunächst einen etwa einstündigen Vortrag über die Vorzüge der Demokratie und Menschenrechte. Wenn wir unsere Situation verbessern wollten, die wir beklagten – was wir nicht taten! –, dann müssten wir eben um demokratische Mehrheiten kämpfen, um dies zu ändern.

Schmidt: Wir wurden von ihm belehrt mit dem erkennbaren Ziel, Antworten auszuweichen. Ich habe darum explizit nachgefragt, ob wir mit einer schriftlichen Antwort auf unsere 21 Fragen rechnen könnten. Das sei nicht üblich, sagte er.

Grimmer: Er hat uns empfangen und unbefriedigt entlassen. Erwähnenswert allenfalls die Atmosphäre: Sie war keineswegs giftig oder aggressiv.

Schmidt: Ungewohnt sachlich. Betont höflich. Kann man in einem solch unverbindlichen Gespräch auch sein, es hat ja keine Konsequenzen.

Ist Jahn jemals auf dieses Treffen öffentlich zu sprechen gekommen?

Schmidt: Nach unserer Kenntnis nicht. Was aber auch nicht verwunderlich ist: Die Beantwortung unserer Fragen wären eine Selbstentlarvung, deshalb müssen sie auch totgeschwiegen werden. Es geht doch im gleichen Stil weiter. Sie stellen den bisherigen Umgang mit dem MfS nicht in Frage und werden es trotz Eingliederung der „Stasi-Unterlagen“ ins Bundesarchiv auch künftig nicht tun. Oder die Verlängerung der Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für das MfS bis Ende der dreißiger Jahre bei Bewerbern im öffentlichen Dienst und Mandatsträgern. Das stärke, so Grütters, „das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in öffentliche Institutionen und in die Integrität von Personen, die in politisch oder gesellschaftlich herausgehobenen Positionen tätig sind“. Das nennt man wohl Realitätsverlust.

Grimmer: Oder nehmen wir den aktuellen Koalitionsvertrag in Thüringen, da gehen Linke, Sozialdemokraten und Grüne sogar noch weiter. Es heißt da: „Die Parteien

verständigen sich darauf, nicht mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren, zusammenzuarbeiten. Die Koalition wird keine Personen, die direkt oder indirekt mit dem Sicherheitssystem der DDR zusammengearbeitet haben, in Positionen dieser Regierung entsenden.“ Als ließe sich durch ein solches Geschwurbel die verlorene Glaubwürdigkeit der Parteien wieder herstellen.

Rehbaum: Das Ärgerliche dabei ist, dass die Rechten davon profitieren.

Ihre Arbeitsgruppen versuchen die Ignoranz etwa der Medien zu unterlaufen, indem Sie selbst publizieren, Bücher schreiben und verbreiten, Internetseiten wie www.mfs-insider.de oder www.kundschafter-ddr.de betreiben. Wie ist Ihre Bilanz?

Grimmer: Also in aller Bescheidenheit – wir haben in den dreißig Jahren fast eine ganze Bibliothek publiziert. Das wohl wichtigste Buch waren die beiden 2002 verlegten und bereits erwähnten Bände „Die Sicherheit“. Das Buch erlebte mehrere Auflagen, und ist auch elektronisch abrufbar auf unserer Seite. Allein von 2017 bis 2019 erfolgte das 19.365 Mal. Gefolgt von den beiden Bänden „Unbequeme Zeitzeugen“ mit jeweils über achtzehntausend Nutzern.

Das Buch mit der größten Resonanz, die unverändert andauert, war das von Werner Großmann und Wolfgang Schwanitz herausgegebene Buch „Fragen an das MfS. Auskünfte über eine Behörde“, was 2010 erstmals erschien. Und ich erinnere an die vielen Bücher und Videos, die Herbert Kierstein (1938-2017) hinterlassen hat.

Rehbaum: Nicht zu vergessen Gotthold Schramm (1932-2018) und Klaus Eichner, die nicht nur selber publizierten und Sammelbände herausgaben, sondern ganze Reihen entwickelten, so etwa die acht Bände zur Geschichte der HV A und die Porträtserie über einzelne Kundschafter. Und ich verweise auf die internationalen Konferenzen in Berlin 1994 („Duell im Dunkeln“) und 2004 („Spionage für den Frieden“) sowie im dänischen Odense 2007 („Hauptverwaltung A. Geschichte, Aufgaben, Einsichten“), die ebenfalls publizistisch von uns begleitet wurden. Im Durchschnitt besuchen täglich 144 Interessenten unsere seit 2013 geführte Seite. Und, das liegt natürlich an unserem Thema, die Besucher leben überall auf der Erde. Aus Israel meldeten sich über tausend, aus Indien fast dreitausend, aus den USA an die zwanzigtausend Nutzer.

Wie viele Veranstaltungen haben Sie mit den Büchern gehabt?

Rehbaum: Im Unterschied zu Reinhard habe ich keine Statistik geführt. Es waren aber nicht wenige Lesungen.

Grimmer: Also allein mit Titeln aus dem Abwehrbereich bestritten wir bundesweit etwa nahezu vierhundert Veranstaltungen, darunter ziemlich große in Bochum und Dortmund. Mit unterschiedlichen Besucherzahlen. Aber insgesamt haben wir einige Zehntausend Menschen erreicht.

Schmidt: Unter den Besuchern waren am Anfang auch reichlich Provokateure oder selbsternannte Opfer. Ich erinnere mich an einige lautstarke Buchpremierer in der jW-Ladengalerie. Aber die Brüller, die uns Geschichtsklitterung und -revisionismus vorwarfen – ausgerechnet die! –, wurden irgendwann ihres eigenen Geschreis müde und erschienen bald nicht mehr.

Rehbaum: Das Kuriose war: Sie störten nur, wenn ein Buch von der Abwehr vorgestellt wurde. Bei HV A-Themen blieben sie fern.

Grimmer: In der letzten Zeit waren wir mit dem Band von Dieter Skiba und Reiner Stenzel „In Namen des Volkes. Ermittlungs- und Gerichtsverfahren in der DDR gegen

Nazi- und Kriegsverbrecher“ unterwegs. Der Kampf gegen Faschismus, Antisemitismus, Rassenhass und Fremdenfeindlichkeit war ein wesentliches Element der Tätigkeit des MfS. Mit diesem Buch und zu diesem Thema hatten wir bisher vierzig Veranstaltungen. **Schmidt:** Nicht zu vergessen der im Vorjahr erschienene Gesprächsband mit Heinz Engelhardt „Der letzte Mann“. Der Generalmajor wickelte bekanntlich im Frühjahr 1990 das vormalige MfS ab.

Engelhardt beendete quasi die Geschichte des MfS, die am 8. Februar 1950 ihren Anfang genommen hatte.

Grimmer: In diesem Kontext sehe ich auch das Buch von Peter-Michael Diestel. Der Ex-Politiker der CDU behandelt darin das MfS wohltuend sachlich. Das passt natürlich nicht in den Mainstream. Dieser Tage besprach in seiner Sendung „druckfrisch“ in der ARD der Literaturkritiker Denis Scheck den Titel pflichtschuldig, weil Diestels Buch auf Platz 10 der *Spiegel*-Bestsellerliste stand. „Der letzte Innenminister der DDR ist heute als Anwalt tätig. Ich vertraue Historikern mehr als Zeitzeugen, aber bereichernd und horizonterweiternd sind Diestels Schilderungen der Jahre der Wiedervereinigung aus ostdeutscher Sicht allemal – auch wenn man manche kalkulierende Provokation auszuhalten hat, zum Beispiel in Sätzen wie: ‚Auf der anderen Seite werden, angeblich um der historischen Gerechtigkeit willen, Jahr um Jahr Millionen ausgegeben, um die Schnipsel in der Stasi-Unterlagenbehörde zusammenzuleimen, nur um in Erfahrung zu bringen, wie der Speiseplan in der Betriebskantine in der Berliner Normannenstraße oder die Anweisung zum Entfernen von Hundescheiße an der Protokollstrecke ausschaute.‘ Ich glaube, die vielen tausend Stasi-Opfer werden die Arbeit der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR anders bewerten.“

Aber immerhin: Im Unterschied zu anderen rezensierten Büchern, die er mit spitzen Fingern in die Tonne warf, legte Scheck Diestels Buch respektvoll wieder ins Regal.

Rehbaum: Diestel hat doch Recht: In den Säcken ist wirklich nur Müll. Die „heißen Dokumente“ und sensationellen IM-Berichte, die man unter diesen Schnipseln zu finden hofft, gibt es dort gewiss nicht.

Schmidt: Ich glaube, dass der Unterhalt der Behörde und die Aufwendungen für die anderen Einrichtungen der Aufarbeitungsindustrie inzwischen mehr Steuergeld verbraucht haben, als das ganze MfS in den vierzig Jahren seiner Existenz kostete. Möglicherweise sehen das „die vielen tausend Stasi-Opfer“ vielleicht inzwischen auch so.

Gesprächspartner

Rechts: Dr. Reinhard Grimmer, Oberst a. D., beim MfS/AfNS 1960 bis 1990, Leiter der AG Sicherheit; Links: Karl Rehbaum, Oberst a. D., beim MfS/AfNS 1955 bis 1990, Leiter der AG Aufklärer in der GRH; Wolfgang Schmidt, Oberstleutnant a. D., beim MfS/AfNS 1957 bis 1990, Betreiber der Internetplattform www.mfs-insider.de. Alle drei Offiziere gehören zu den Zeitzeugen aus der Führungsebene des Ministeriums. Ausführliche Informationen auf der Internetseite des „Insiderkomitees zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS“: www.mfs-insider.de

Spiegel der Klassenkämpfe

Vor 70 Jahren entstand das Ministerium für Staatssicherheit der DDR

Arnold Schölzel in „Unsere Zeit“ (UZ) vom 24. Januar 2020

Für Dienstag, den 4. März 2003, hatte das Berliner Landgericht einen Termin in einem Verfahren gegen drei ehemalige Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) festgesetzt. Es ging um einen Todesfall an der DDR-Staatsgrenze im Jahr 1976. Dabei war ein DDR-Bekämpfer und Fluchthelfer, der von der Bundesrepublik aus bewaffnet auf DDR-Territorium eindrang, bei einem Schusswechsel ums Leben gekommen. Der Vorwurf gegen die MfS-Offiziere lautete zunächst: Mord. In letzter Instanz erkannte der Bundesgerichtshof später auf Notwehr. Auf der Anklagebank blieb 2003 ein Platz leer. Der gesondert angeklagte General Karl Kleinjung, bis zu seiner Pensionierung 1981 Leiter der für Militärabwehr zuständigen Hauptabteilung I des MfS, war am 20. Februar 2003 gestorben. Der Richter glaubte dieser Information nicht so recht, der Staatsanwalt tat so, als sei der Verfolgte noch am Leben. Er konnte sich auf eine Nachrichtenagentur berufen, die das am Vortag behauptet hatte. Bundesdeutscher Rechtsstaats- und Medienalltag.

Etwa 100.000 Ermittlungsverfahren waren zu diesem Zeitpunkt seit 1990 gegen DDR-Bürger eingeleitet worden, darunter gegen viele MfS-Offiziere. Arbeits- und Sozialgerichte fällten Terrorurteile: Wer in einer MfS-Kantine Kartoffeln geschält hatte, konnte woanders als „unzumutbar“ fristlos gekündigt werden und bekam „zu Recht“ die Rente unter das Existenzminimum gekürzt. Richter und Staatsanwälte, Journalisten ohnehin, halluzinierten von Folter, Misshandlungen und „flächendeckender Überwachung“ durch das MfS, sogenannte Forscher entdeckten ehemalige NSDAP-Mitglieder im MfS, die es nie gegeben hatte. Fast alles andere war ebenso frei erfunden. In ganzen Landstrichen der DDR hatte es keine Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) gegeben, zum größten Teil waren sie in den 80er Jahren in Großbetrieben eingesetzt, deren Betriebssicherheit wegen ausbleibender Reparaturen gefährdet war. Die Strafgerichtsprozesse erbrachten bis auf einen Fall nichts. Rechtsanwalt Peter-Michael Diestel (CDU), letzter Innenminister der DDR, der zahlreiche MfS-Mitarbeiter vor Gericht verteidigt hatte, resümierte 2001 in „junge Welt“: „Das MfS ist juristisch rehabilitiert.“ Er sei kein Freund von Geheimdiensten, aber dies sei der „effektivste“ der Welt gewesen.

Allein das dürfte 1990 ein besonderes Rachemotiv gewesen sein, nicht nur die traditionelle Verfolgung von Sozialisten und Kommunisten in allen großdeutschen Staaten, vom Sozialistengesetz 1878 angefangen.

Mit Karl Kleinjung hatten die bundesdeutschen Geheimdienste, die deutsche Bourgeoisie und der westdeutsche Staat insgesamt eine besonders hohe Rechnung im Klassenkampf offen. Das galt im Grunde für alle aus der Generation, die vor 70 Jahren die führenden Positionen im MfS einnahmen: Sie waren durchweg – zumeist bewaffnete – Kämpfer gegen die viehisch wütende Konterrevolution nach 1918, gegen den aufkommenden Faschismus in der Weimarer Republik und gegen die faschistische Diktatur gewesen. Sie gehörten zu den wenigen Überlebenden, die denen entkommen waren, die in den Westzonen sofort nach 1945 darangingen, nun zusammen mit den Westalliierten die am 8. Mai 1945 von der Roten Armee besiegelte Niederlage

ungeschehen zu machen. Ihr Kampf wurde ihnen westlich der Elbe nie verziehen und die Abrechnung ab 1990 auf alle ihre Nachfolger ausgedehnt, bis heute – ausgenommen jene, die 1989/1990 ihr Wissen über MfS-Mitarbeiter bei BND, Verfassungsschutz und anderen versilberten und viele Kundschafter ins Gefängnis brachten.

Am 24. Januar vor 70 Jahren entschied das Politbüro der SED, das MfS zu bilden. Der DDR-Ministerrat folgte dem und am 8. Februar 1950 nahm die Volkskammer das entsprechende Gesetz an. Am 16. Februar wurde Wilhelm Zaisser (1893 bis 1958), 1920 Kämpfer der Roten Ruhrarmee, Militärexperte der Kommunistischen Internationale, Spanienkämpfer und Antifa-Lehrer für deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR, zum ersten Chef des MfS ernannt. Die Biographie seines Stellvertreters und Staatssekretärs, Erich Mielke (1907 bis 2000), der das MfS von 1957 bis 1989 leitete, liest sich ähnlich: Mitglied des KJVD, der KPD, des RFB und des bewaffneten Selbstschutzes der Partei. Er nahm an einer bewaffneten Vergeltungsaktion gegen die Berliner Polizei, die am 8. August 1931 aus nächster Nähe auf dem heutigen Rosa-Luxemburg-Platz einen 18-jährigen Arbeiter hinterrücks erschossen hatte, teil und wurde 1993 deswegen zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Etwas anderes hatte die Justiz nicht gefunden. Mielke wurde militärisch in der Sowjetunion ausgebildet, war Spanienkämpfer, Mitglied der illegalen KPD-Leitung in Frankreich und seit 1949 Leiter der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft.

Karl Kleinjungs Lebenslauf spiegelt ebenso die Klassenkämpfe im Deutschland des 20. bis ins beginnende 21. Jahrhundert wider, aber – wie einmal die Moskauer „Iswestija“ schrieb – sein Leben hätte für das „zehn anderer gereicht“. Daher sei es hier skizziert: Geboren am 11. März 1912 in einer Remscheider Arbeiterfamilie und aufgewachsen in einem Viertel, das wegen seiner mehrheitlich KPD wählenden Bewohner „Klein-Moskau“ genannt wurde, findet er nach der Schule keine Lehrstelle, nur Gelegenheitsarbeiten. Schließlich gibt es einen Ausbildungsplatz bei einem Friseur, nach dem Lehrabschluss sofort die Papiere. Er selbst sagt später: „Der Kapitalismus zog sich seine schärfsten Widersacher selbst heran.“ Nicht zuletzt durch die Bekanntschaft mit dem ebenfalls aus Remscheid stammenden KJVD-Funktionär Artur Becker wird er mit 17 Mitglied im Jugendverband, 1930 folgt der Eintritt in den RFB, 1931 der in die Partei. Mit seiner RFB-Gruppe hat er wiederholt dafür Sorge getragen, dass die SA in seinem Viertel nichts zu melden hatte. Noch am 5. März 1933, dem Tag der Reichstagswahlen, als sich die Nazis erneut in die „rote Zone“ wagten, wird scharf zurückgeschossen, danach muss er seine Heimat Richtung Holland verlassen. Hier arbeitet er als Kurier des Parteiapparats und organisiert einen illegalen KJVD-Kongress, was ihm gemeinsam mit dem KJVD-Genossen Albert Höbner (1910 bis 1942) Internierung und Abschiebung nach Belgien einbringt. 1936 eilt er nach Spanien, um den Faschismus zu schlagen.

Der 24-Jährige sammelt seine ersten Fronterfahrungen als Stabsmelder, im Stellungskrieg wie im Nahkampf vor Madrid. Anfang 1937 meldet er sich freiwillig zur Partisanenausbildung, absolviert zudem einen kurzen Panzerlehrgang. Dabei trifft er auf sowjetische Militärberater und -spezialisten, die auch künftig eine große Rolle in seinem Leben spielen werden. Mit ihnen zusammen gehört der nunmehrige Leutnant Kleinjung 1939 zu den letzten Internationalisten, die Spanien Richtung Sowjetunion verlassen. Dort arbeitet er als Schlosser im Autowerk von Gorki – auch in der Nacht zum 22. Juni 1941. Am Morgen meldet er sich freiwillig zur Roten Armee. Doch die Kampfgefährten

aus Spanien haben anderes mit ihm vor: Einsätze im Hinterland der Okkupanten. Für ihn heißt das zunächst Besuch einer Partisanenschule bei Moskau. Er soll als Kurier bzw. Funker in Berlin die unterbrochene Verbindung zur Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen (1909 bis 1942) und Arvid Harnack (1901 bis 1942) wiederherstellen. Doch an seiner Stelle wird Albert Hößler, ebenfalls Spanienkämpfer, geschickt. Der kenne sich in Berlin besser aus. Als die Gestapo im Herbst 1942 der Kundschaftergruppe auf die Spur kommt und blutige Rache an den Männern und Frauen nimmt, die der legendären Roten Kapelle zugerechnet werden, gehört Hößler zu den am 22. Dezember 1942 in Berlin-Plötzensee Ermordeten.

Auf Kleinjung wartet ein anderer Einsatz. Er wird zusammen mit einem jungen sowjetischen Offizier bei belorussischen Partisanen abgesetzt, die nicht weit entfernt vom besetzten Minsk operieren. Sein Auftrag: Den faschistischen Generalkommissar von „Weißruthenien“, so hatten die Nazis Belorussland benannt, SS-Gruppenführer Wilhelm Kube (1887 bis 1943), als obersten Befehlshaber zu liquidieren. Kleinjung und sein Genosse Nikolai Chochlow (1922 bis 2007) sind mit Uniformen der deutschen Geheimen Feldpolizei und entsprechenden Papieren ausgestattet und sondieren die Möglichkeiten für ein Attentat. Minsk ist weitgehend zerstört, aber es gibt eine Widerstandsorganisation. Sie stoßen auf Jelena Masanik, die als Dienstmädchen in der Residenz des Generalkommissars angestellt ist, zunächst den beiden misstraut, schließlich aber den Naziverbrecher am 22. September 1943 mit zwei Magnetminen in die Luft sprengt.

Für Kleinjung geht es weiter. Ab Sommer 1944 startet die sowjetische Abwehr in Belorussland unter dem Codenamen „Beresina“ eines der größten und erfolgreichsten Funktauschungsmanöver des Zweiten Weltkrieges. Acht Monate lang, buchstäblich bis zum letzten Tag des Krieges, hält sie die Führung der Wehrmacht zum Narren, kassiert nicht nur immer wieder eingeflogene Gruppen, die angeblich 2 000 eingeschlossene Soldaten versorgen und herausholen sollen, sondern sendet auch manche Fehlinformation von strategischer Bedeutung. Als Muttersprachler spielt Kleinjung beim „Empfang“ der mit Waffen, Munition, Geld und Lebensmitteln abgesetzten deutschen Kommandos eine wichtige Rolle. Der SS-Offizier Otto Skorzeny (1908 bis 1975), der seine Befreiungsaktion für den italienischen Duce Benito Mussolini (1883 bis 1945) in Belorussland wiederholen sollte, glaubte bis an sein Lebensende in Madrid nicht, dass das deutsche Oberkommando und er damals getäuscht wurden.

1946 kehrt die Familie Kleinjung – inzwischen hat Karl die aus Riga stammende Partisanin Julia Losinsch geheiratet – nach Deutschland zurück. Für die in der sowjetischen Zone noch im Aufbau begriffene Volkspolizei (VP) kommt einer wie Kleinjung gerade recht: Er wird Kreispolizeidirektor in Nordhausen, später stellvertretender VP-Chef in Thüringen und Leiter der VP-Landesbehörde in Mecklenburg. Dann folgt sein, wie er dem Autor dieser Zeilen Ende der 90er Jahre schilderte, „härtester Auftrag“: Er soll nach Gründung der DDR die Insassen des Speziallagers Nr. 2, das die Rote Armee 1945 auf dem Gelände des ehemaligen KZ Buchenwald eingerichtet hatte, entlassen. Er weigert sich mehrfach und erhält schließlich einen Befehl. Dem beugt er sich zähneknirschend. Die meisten der Internierten sind Kriegsverbrecher, die später von DDR-Gerichten verurteilt werden.

Als das MfS geschaffen wird, ist Kleinjung Oberst und wird Leiter von dessen Berliner Bezirksverwaltung. Von 1956 an leitet er 25 Jahre lang, seit 1959 als General, den Bereich Militärabwehr, dem der Geheimnisschutz in der NVA und den Grenztruppen obliegt.

1962 klingelt in seinem Dienstsitz in der Berliner Schnellerstraße das Telefon. Er kenne doch, fragt jemand, den der wortkarge Kleinjung auch später nicht nennt, aus seiner Zeit in der Sowjetunion den Genossen Rudolf Abel (1903 bis 1971) ganz gut. Das ist untertrieben. Abel war einer seiner Ausbilder und einer der Leiter der Operation „Beresina“. Er sitzt aber seit fünf Jahren als „russischer Atomspion“ in den USA in Haft. Nun soll er gegen den US-Piloten Francis Powers (1929 bis 1977) ausgetauscht werden. Der war im Mai 1960 mit seinem Spionageflugzeug vom Typ U 2 vom sowjetischen Himmel geholt und zu 15 Jahren Haft verurteilt worden. Nun wird jemand benötigt, der Rudolf Abel zuverlässig identifizieren kann. Das geschieht am 10. Februar 1962 auf der Glienicker Brücke zwischen Potsdam und Westberlin. 20 Minuten nach acht treffen in der Brückenmitte die beiden jeweils dreiköpfigen „Vorausabteilungen“ aufeinander, darunter Kleinjung. Beiden Gruppen folgten wenige Minuten später die Hauptpersonen – Abel und Powers. Winken auf beiden Seiten signalisiert die jeweilige Identifizierung. Kleinjung und Abel umarmen sich, viel Zeit bleibt ihnen an diesem Tag nicht, aber sie treffen sich bis zu Abels Tod 1971 wiederholt. Ob Steven Spielberg Kleinjungs Namen kannte oder gar eine Ahnung von dessen Lebenslauf hatte, als er 2015 seinen Film „The Bridge of Spies“ über dieses Treffen herausbrachte, ist unbekannt. Aber wozu sollte er eine Ahnung davon haben?

Bis zu seinem Tod werden in der „kolonialisierten DDR“, wie Kleinjung sagt, mehr als zwölf Verfahren gegen ihn eingeleitet. Die Ehrenrente als antifaschistischer Widerstandskämpfer wird ihm aberkannt. Seine Biographie besagt: Das MfS wie die DDR insgesamt entstanden im Widerstand und in Verteidigung des Staates, der tatsächlich eine Gegenmacht auf deutschem Boden war, gegen die Bundesrepublik. Die wurde gegründet, um die Niederlage von 1945 rückgängig zu machen. Ein MfS, seine Mitarbeiter gelten da zu recht als Feinde.

Grußbotschaft Egon Krenz

Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Weggefährten,

wie ich höre, trifft Ihr Euch heute zur Erinnerung an den 70. Jahrestag der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.

Ich grüße Euch herzlich. Was immer auch unsere politischen Gegner an Gehässigkeiten gegen uns verbreiten, niemand, der der DDR gedient hat, muss sich seines Lebens schämen.

Das Ministerium für Staatssicherheit hat Entscheidendes geleistet, dass die DDR als bisher einziger deutscher Staat in die Geschichte eingeht, der nie einen Krieg geführt hat. Es hat viel dafür getan, dass uns Zustände, die wir heute in Deutschland erleben, erspart blieben. Undenkbar, dass damals NATO-Truppen wieder dort gestanden hätten, wo deutsche Aggressoren an jenem 22. Juni 1941 waren, als die Sowjetunion überfallen wurde. Undenkbar, dass DDR-Parteien mit Nazis paktiert hätten. Was gegenwärtig in Thüringen passiert, ist nicht nur ein Tabubruch. Es ist gezielte Strategie. CDU und FDP werden natürlich irgendwann mit der AfD koalieren. Das ist nur eine Frage der Zeit. Was bürgerliche Politiker heute angeblich „erschüttert“, wird morgen im Sinne der normativen Kraft des Faktischen zur „Realpolitik“. Nein, das ist keine Provinzposse in Thüringen. Hier wurde getestet, wie weit man gehen kann. Die Lehren der Geschichte werden missachtet. Halten wir uns an Brecht:

„So was hätt einmal fast die Welt regiert!

Die Völker wurden seiner Herr, jedoch

Dass keiner uns zu früh da triumphiert -

Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!“[1]

Wir, die in der DDR gelebt haben und unsere Erfahrungen nicht in den Mülleimer der Geschichte werfen, wir haben die Verantwortung, den antifaschistischen Geist auch der Gründer des MfS wach zu halten und uns gegen Entwicklungen zu wehren, die Deutschland weiter nach rechts bringen sollen.

Ich wünsche Euch und Euren Familien alles erdenklich Gute!
Egon Krenz

Grußschreiben des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR

Gruß den Tschekisten

Am 8. Februar 1950 wurde das Ministerium für Staatssicherheit der DDR gegründet. Grundstock für das neue Ministerium bildete die „Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft“ des Ministeriums des Inneren der DDR.

Die Bildung dieses neuen Ministeriums war die Antwort auf die sich stetig verschärfende Auseinandersetzung im Kalten Krieg gegen die DDR und die anderen jungen Volksdemokratien in Osteuropa sowie fast täglich stattfindende Angriffe auf die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Einrichtungen unseres jungen Staates durch die BRD und konterrevolutionären Kräfte in der DDR.

Im Bunde mit den anderen bewaffneten Organen der DDR enthüllten die Angehörigen des MfS unzählige Pläne und Vorhaben zur Schädigung der DDR.

Zum heutigen 70. Jahrestag seiner Gründung möchten wir alle ehemaligen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, insbesondere denen, die Mitglied unseres Verbandes sind, grüßen und ihnen für ihre für unseren Staat geleistete Arbeit danken.

Nach der Einverleibung der DDR in die BRD richtete sich der Hass unserer politischen Gegner besonders gegen die ehemaligen Mitarbeiter dieses Ministeriums. Politische Diskreditierung, gesellschaftliche Ausgrenzung und nicht zuletzt finanzielle Sanktionierung halten bis heute an. Selbst 30 Jahre nach der „Wiedervereinigung“ genügt der Hauch eines Verdachtes, Mitarbeiter des MfS gewesen zu sein, und das Rudel der auch so freiheitlich-demokratischen Massenmedien beginnt ihre erbarmungslose Hatz.

Den bis heute am Pranger Stehenden gehört deshalb unsere uneingeschränkte Solidarität.

Februar 2020

Siegfried Eichner, Oberstleutnant a.D.